



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

---

**Nr. 3**

**März 1972**

## **AIB - Aktuell**

S. 2

## **Südliches Afrika**

Jürgen Ostrowsky:

Streiks in Namibia, Zimbabwe und Zululand.

S. 3 – 6

Interview mit Andreas Shipango

S. 6 – 8

## **Indochina**

Resolution der Pariser Weltversammlung für Frieden und  
Unabhängigkeit der indochinesischen Völker

S. 8 – 10

Bericht der Wirtschaftskommission

S. 10 – 13

## **Türkei**

Peter Dietzel:

Die türkische Arbeiterpartei (TIP)

S. 13 – 17

## **Libanon**

Thesen zum 3. Parteitag der KP Libanons

S. 17 – 22

## **Iran**

Peter Dietzel:

Zum Brandt-Besuch in Teheran

S. 22 – 23

## **Kurzinformation**

S. 23 – 24

---

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Eric Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# AIB-AKTUELL

Vor kurzem erhielt unsere verantwortliche Redakteurin, Barbara Schilling, einen Brief von einem "Komitee zur Beseitigung des Kommunismus in Deutschland" mit der Androhung, sie werde - wie bereits andere Mitglieder der Marburger Universität - auf die "Abschußliste" gesetzt, falls sie die Herausgabe des "kommunistischen Giftblattes" nicht sofort einstellen werde.

Schon vor einem halben Jahr hat diese offensichtlich faschistische Organisation eine Reihe von Studenten mit Morddrohungen zu terrorisieren versucht, weil sie sich im Rahmen einer ASTA-Kampagne für die Einrichtung eines Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams einsetzten.

Seit einigen Jahren ist in der gesamten BRD eine zunehmende Aktivität militanter faschistischer Gruppen gegen demokratische Kräfte zu beobachten.

Diese Aktivitäten sind jedoch nur die spektakulärsten Zeichen einer allgemeinen Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, wie sie z.B. auch in dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder bezüglich der Einstellungskriterien im öffentlichen Dienst deutlich wurde.

Parteien wie die CDU/CSU führen einen konzentrierten Angriff gegen solche Kräfte in der BRD, die für eine konsequente Friedenspolitik eintreten und demokratische Reformen fordern. Ihre hysterischen Hetztiraden bereiten den geistigen Boden für Terrorakte vor, wie wir sie jetzt erleben. Nur das entschiedene und geschlossene Auftreten aller demokratischen Kräfte in der BRD kann diese Bestrebungen der Reaktion zunichte machen.

Ein Hinweis für unsere Leser: Das zitierte "Komitee" hat - wie angekündigt - einen Teil der Postsendungen des AIB "abgefangen und vernichtet". Falls darüber hinaus weitere Exemplare unsere Abonnenten nicht erreicht haben, bitten wir darum, uns hiervon möglichst rasch zu informieren.

Hiltraud Geißel ist aus dem Herausgeberkreis des AIB ausgeschieden; seit kurzem **2** gehört Christoph Strawe dem AAK an.

## BESTELLUNGEN

für das

"Antimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antimperialistisches  
Informationsbulletin 4,72

bringt u.a.:

VAR

Entwicklung des Genossenschaftswesens

LIBANON

Dokumente d. Parteitags

der KPL

INDOCHINA

Dokumente der Weltkonferenz für Frieden in Paris

Redaktionsschluß war für diese  
Nummer der 20.2.1972

# SÜDLICHES AFRIKA

Die Reaktionen der internationalen Presse auf den Streik der Ovambos, auf den Kampf der Afrikaner in Zimbabwe und der Zulus in der Republik Südafrika machten deutlich, daß diese Ereignisse als mehr als vereinzelte Aktionen betrachtet werden müssen. Der Beitrag von Jürgen Ostrowsky analysiert sie als Antwort der Volksmassen auf die Globalstrategie der Rassisten in Pretoria und Salysbury und der Kolonialisten in Lissabon. Ziel dieser Globalstrategie ist es, aus dem südlichen Afrika einen weißen Großraum zu schaffen, der einerseits die weitere Ausbeutung der Bevölkerung durch die in- und ausländischen Monopole garantieren und andererseits einen ständigen Gefahrenherd für jene afrikanischen Staaten, die den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg gehen, bilden soll.

Im zweiten Beitrag berichtet der Informationssekretär der in Namibia kämpfenden SWAPO (South West African Peoples Organisation - Volksorganisation von Südwestafrika) über den aktuellen Kampf, die weitere Strategie und den Kampf gegen das Cunene-River-Projekt, das ein Pendant zum Cabora-Bassa-Damm an der Grenze zwischen Angola und Namibia darstellt.

JÜRGEN OSTROWSKY:

STREIKS IN NAMIBIA,

ZIMBABWE UND ZULULAND

"In neuen, effektiveren Formen der Diktatur hat die alte Herrschaft auch in der Dritten Welt Mittel gefunden, ihrer Bedrohung zu begegnen". Dies schrieb Heribert Adam in seiner "Soziologie einer Rassengesellschaft" (Frankfurt 1969, S.138), dem bekanntesten und in der BRD am meisten verbreiteten Buch über Südafrika; und hieraus leitete er die Behauptung von der Unwahrscheinlichkeit einer revolutionären Veränderung in Südafrika auf absehbare Zeit (S.19) ab.

Spätestens seit Dezember 1971 freilich verdeutlichen die Massenstreikbewegung des Ovambo-Proletariats im Mandatsgebiet Namibia,<sup>1)</sup> die Revolten der Schwarzen in den Städten Zimbabwes<sup>2)</sup> und die ohne Respekt vor Adams Thesen mitten in der Republik Südafrika (RSA)<sup>3)</sup> vom Zulustamm geforderte Unabhängigkeit vom rassistischen Regime in Pretoria (vgl. FR v. 5.2.72), zu welchen Fehleinschätzungen eine undialektische Ver selbständigung eines Teilaspektes - der Herrschaftspraxis - zur Adorno'schen "total verwalteten Gesellschaft" von den ihr zugrunde liegenden sozio-ökonomischen Bedingungen und die Verwechslung von aktuellem mit potentielltem Bewußtsein führen müssen.

Selbst bürgerliche Zeitungen räumen derzeit ein, daß sich die weiße Vorherrschaft in Südafrika in einer entscheidenden Existenzkrise befindet: "Nur Optimisten und treue Anhänger der Regierungen Smith und Vorster glauben, daß sich diese Entwicklung durch Polizeigewalt aufhalten läßt" (FR v. 5.2.72).

Massivität und Konsequenz der Protestaktionen trafen die Regimes in Salisbury und Pretoria unvorbereitet, obwohl der Streik der namibischen Arbeiter keineswegs "aus heiterem Himmel" (FR) kam: ihm waren sechs Monate anhaltende Unruhen vorausgegangen, die sich an der erneuten Mißachtung einer UN-Resolution und eines Urteils des Haager Internationalen Gerichtshofes durch Pretoria, das Mandat Südwestafrika zurückzugeben, entzündet hatten.

Die Bewegung besaß von vornherein eindeutig auch politischen Charakter: Kampf für die Unabhängigkeit Namibias. Folgerichtig wurde der Streik der nach Angaben der SWAPO rund 40 000 afrikanischen Arbeiter nicht beendet, als die Regierung Anfang Februar eine Revidierung des Kontraktarbeitersystems zusagte. Trotz brutalen Polizeieinsatzes - die SWAPO spricht von mindestens sieben ermordeten Demonstranten und Streikenden - hält die Kampfbereitschaft an, wagt andererseits die RSA offenbar keinen massiven Militäreinsatz, der ein Blutbad zur Folge hätte.

Die glänzend organisierte Widerstandsbewegung in Namibia begann in der Hafenstadt Walvis Bay und in der Kapitale Windhuk (vgl. FR v. 21.12.1971). Walvis Bay war bereits im Januar 1970 Schauplatz eines Streiks von 1 000 schwarzen Arbeitern der Fischereiindustrie für "bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, Freiheit

der Arbeitsplatzwahl und die Abschaffung des Systems der Kontraktarbeit" (AIB 4/1971, S.9). Daß es hier wie in der RSA selbst nicht die einzigen Arbeitskämpfe und politischen Aktionen während der sechziger Jahre waren - nach der (von H. Adam freilich wieder überschätzten) Cäsar des Massakers von Sharpeville im März 1960, bei dem die Polizei etwa siebzig Demonstranten ermordete - läßt die Tatsache vermuten, daß die RSA Mitte der sechziger Jahre die Veröffentlichung von Streikstatistiken einstellte. (vgl. Stat. Jahrbuch d. BRD, passim). 1969 etwa legte ein Streik der 3 000 afrikanischen Hafentarbeiter von Durban den Umschlag von Im- und Exporten lahm; er blieb freilich erfolglos (Zeitschrift des Weltgewerkschaftsbundes, Nr. 3/1970).

Die von der SWAPO in Namibia, der SAKP<sup>4)</sup> und dem ANC (African National Congress - Afrikanischer Nationalkongreß) in der RSA organisierten Aktionen gehen auf eine lange Tradition zurück: so auf die Phase der Bürgerrechtsbewegung in den fünfziger Jahren, gegen die rapide Demontage jeglicher Rechte, die den Schwarzen bis dato noch verblieben waren, und gegen die rigide Durchsetzung der totalen Apartheid durch die Regierungen der Nationalisten-Partei. Symbol des schwarzen Widerstandes ist immer noch der verzweifelte Kampf der Hereros gegen die "Schutztruppen" der in der (west-)deutschen Ideologie noch immer als so vorbildlich ("hart aber gerecht") geltenden kaiserlichen Kolonialmacht von 1904 bis 1907. Kriegsziel des Kolonialgenerals von Trotha: "Ich glaube, daß die Nation (der Hereros) als solche vernichtet werden muß" (Helmut Bley, zit. nach DER SPIEGEL Nr. 10/1969, S.124). Es wurde beinahe erreicht: etwa 50 000 der 70 000 Hereros fielen der "ersten deutschen Endlösung" (SPIEGEL) zum Opfer. In der NS-Hagiographie nahm sich das so aus: "Der Hererokrieg löste mit einem Schlage die schier unlösbare Landfrage" und "die deutsche Regierung hat den Eingeborenen [...] den Platz gewiesen, auf den sie [...] allein Anspruch hatten" (Karl H. Dietzel: Die deutschen Kolonien. Leipzig 1935).

Nachdem in den dreißiger Jahren parallel zum politischen Aufstieg der südafrikanischen Faschismus-Anhänger Hertzog, Malan, Strijdom, Verwoerd und Vorster auch

4 in SWA die Deutschen wieder Boden gewin-

nen konnten, den ihnen der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegsregierungen Malan nicht streitig machten, konnte die SWANUF 1970 die Deutschen wie eh und je als "'unerbittlichste Blutsauger' der afrikanischen Arbeiter in Südwestafrika sowie das Rückgrat der südafrikanischen Apartheidspolitik und 'aller ihrer Schrecken' apostrophieren" (FR v. 28.5.70). Sie haben sich diesen Ruf erworben als Großgrundbesitzer (z.B. von Opel), vor allem aber im Verein mit den etwa 50 internationalen Monopolkonzernen, die Namibias Bodenschätze ausplündern - angefangen bei der 1900 von der Deutschen Bank gegründeten Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft (Deutsche Bank/Norddeutsche Affinerie-Metallgesellschaft), die von Pretorias Rassisten 1945 ebensowenig wie anderer deutscher Besitz enteignet worden war. Zahlreichen Bergbaukonzernen verschaffte das lange funktionierende Zwangsarbeitssystem durch Hungerlohnquoten, die bei etwa 50 Mark monatlich liegen und 100 Mark selten überschreiten, fabelhafte Gewinnspannen.

Stolz zählt J.B. von Prittwitz und Gaffron, Sproß eines kaiserlichen Generals, die Namen der in Windhuk residierenden Trusts auf, wie der allmächtigen Anglo-American Corp. Harry S. Oppenheimers aus der RSA, des US-Stahlkonzerns Bethlehem Steel, der britischen Rio Tinto Zinc Corp. oder der Highveld Steel aus Johannesburg (Südafrika heute Nr. 2/1970, S.19). In die Ausbeutung der strategisch wichtigen Lithium-Vorkommen schaltete sich der Klöckner-Konzern bereits vor Jahren ein (DWI-Berichte 10/1971, S.42), und gemeinsam mit der Rio Tinto Zinc schürft die Frankfurter Urangesellschaft (Steag-VEBA-Metallgesellschaft) in einem der reichsten Uranerzlager der Welt.

Hauptarbeitskraft in den Gruben und Fabriken der Monopole sind neben Namas und Hereros die Ovambos, Namibias größter Volksstamm. Ihre Zurückdrängung in unfruchtbare und zu kleine 'Reservate', auch hier Bantustans oder 'Homelands' genannt, zwingt sie zur Arbeit in den Weißen gehörenden Betrieben, wo sie als Kontraktarbeiter in Barackenlager gepfercht und weitestgehender Kontrolle ausgeliefert sind. Dabei galt das Bauernvolk der Ovambos im Ertragen der Sklavenarbeit, unter der Bagatellen drakonisch bestraft werden - die Zahl hingerichteter Afrikaner beträgt

jährlich an die neunzig -, als duldsam und "zuverlässig". Solche Momente trugen bei zur Unterschätzung der vor allem von Hereros getragenen Protestaktionen der vergangenen zwei Jahre und der Vehemenz des im Dezember begonnenen Streiks, der jedoch die Monopolherren, an ihrer Spitze Harry Oppenheimer, zu raschen Demarchen bei den regierenden Nationalisten veranlaßte, um einer Verschärfung der Lage vorzubeugen.

Nicht zufällig, sondern im Zusammenhang einer neuen Phase des südafrikanischen Befreiungskampfes, steht neben der erwachten Unabhängigkeitsbewegung des größten südafrikanischen Volksstammes, der Zulu, die bereits den burischen Eroberern erbitterten Widerstand leisteten, der Massenprotest in Zimbabwe, der eine Verlagerung des Kampfes von Guerillaaktionen in die Städte und Industriezentren anzeigt, nachdem die militärischen Organisationen der ZAPU wie der eher 'maoistisch' orientierten ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) wachsende Erfolge verzeichnen konnten.

Der bewaffnete Kampf wurde aufgenommen nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des weiß beherrschten Südeils der ehemaligen Föderation Nord- und Südrhodesiens und Nyassalands [von der britischen Krone im Herbst 1965]. Waren die bedeutenden Kupfervorkommen des Nordens in afrikanische Verfügung (Zambia) übergegangen, so waren die Eigeninteressen sowohl der britischen Farmer als auch der britischen und südafrikanischen Industriekonzerne am status quo zu bedeutend: weder britische noch UN-Sanktionen vermochten das nach südafrikanischem Muster einen Apartheidkurs steuernde und von Portugal und der RSA handelspolitisch unterstützte Regime Ian Smith's zu bezwingen, zumal beispielsweise die BRD lange einen schwunghaften Handel mit Salisbury trieb.

Vielmehr war es der britische Imperialismus, der sich in seiner maroden Wirtschaftslage eine reaktionäre Tory-Regierung mit (u.a.) dem Programmpunkt "Eini-gung mit Rhodesien" verordnete und mit Smith jenen Vertrag aushandeln ließ, der Englands Industrie von dem Hindernis des Handelsembargos befreien sollte, und daher formal eine afrikanische Mehrheitsregierung (im Jahre 2035 frühestens!)<sup>5)</sup> implizierte, dieweil alles dafür zu leistende den weißen Rassisten vorbehalten blieb. "Rhodesien" repräsentiert für England einen aufnahmefähigen (unter der Labour-Re-

gierung verloren gegangenen) Exportmarkt und zugleich eine wichtige Ausgangsbasis zu dem von der RSA konzipierten "Südafrikanischen Gemeinsamen Markt" (SACOM). Vor allem aber lag britisches Kapital in beträchtlicher Höhe in "Rhodesien" praktisch eingefroren durch den Handelsboykott: die Creme der britischen Monopole - Imperial Chemical Industries, British Steel, Vickers Steel, GKN Steel, British Motor, Ford of England, B.A.T., BP, Barclay's Bank oder der Mischkonzern Lonrho u.a. - beherrscht große Teile der Wirtschaft Zimbabwes; den Rest teilen sich vor allem amerikanische Unternehmen und die unvermeidliche Anglo-American Corp.

Zimbabwes Land gehört zur einen, fruchtbaren Hälfte den 250 000 weißen Kolonialisten; die andere, wenig ertragreiche, wurde den 5 Millionen Schwarzen per Dekret zugewiesen. Das Ergebnis ist im wesentlichen ein Lohnarbeitssystem nach südafrikanischem Vorbild. Arbeitslosenheere bemühen sich um die relativ wenigen Industriearbeitsplätze, ihre Löhne belaufen sich folglich auf höchstens ein Zehntel derjenigen weißer Arbeiter, häufig auf ein Zwanzigstel; die Zahl der Hungernden in den Slums der Industriestädte geht in die Zehntausende. Dieses Ausbeutungssystem der "glücklichsten Afrikaner der Welt" (Smith) garantiert den Monopolen Höchstprofite selbst für solche Rohstoffe und Agrarprodukte, die vom Preisverfall auf dem Weltmarkt bedroht sind; westdeutsche Unternehmen sind mit von der Partie: die Rho-German Graphit Co. ist ein Unternehmen, an dem Krupp und u.a. die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank beteiligt sind.

Die Gefahr einer internationalen "Legalisierung" dieses Systems und damit seiner Stärkung durch den Vertrag löste vor dem Hintergrund verschärften weißen Terrors, neuer Zwangsdeportationspläne, sozialen Elends und ansteigender Arbeitslosigkeit die spontanen Aktionen der schwarzen Arbeiter in den Städten Zimbabwes aus. Das von London und Salisbury geplante Theaterstück eines Pseudo-Plebiszits (Pearce-Kommission) wurde zur unglaubwürdigen Farce.

Eine vorläufige Einschätzung der Situation in Südafrika muß festhalten: Zum einen hat dieser Kampf den Charakter eines Befreiungskampfes der noch unterdrückten afrikanischen Völker; zum anderen stellt er eine indirekte Verteidigung der von den

Plänen und Aktionen der RSA (SACOM, Militäroperationen in Zimbabwe, Angola und Mocambique, Dammbauprojekte von Cabora Bassa und Kunene) bedrohten Souveränität der Nachbarstaaten Botswana, Zambia und vor allem Tanzania dar. Dieser Kampf nimmt mit den sich verstärkenden Aktionen der letzten Monate eine neue Dimension an: Er richtet sich sowohl von den Flanken her, wie aus dem Inneren heraus direkt gegen die von H. Adam für nahezu unerschütterlich gehaltene Bastion des Rassismus und Imperialismus im südlichen Afrika. Es gehört zur Dialektik der revolutionären Entwicklung, daß es - außer um den Preis eines unvorstellbaren Blutbades durch die südafrikanischen Truppen - in dem von Guerillaaktionen und Einheitsfrontpolitik gegen den Rassismus geprägten Befreiungskampf keinen Schritt zurück hinter den zur Zeit erreichten Stand der Bewegung geben kann. Die Herrschaftsinstrumente der südafrikanischen Imperialisten verfehlen ihre Wirkung zunehmend - Bantustansystem, Häuptlingsverwaltung in den Riesen-KZ's, Polizeiallmacht und übermächtige, für Aggressionskriege gedrehte Militärmaschinerie. Selbst die Hoffnung der weißen Herrscherklasse, Hunger werde etwa die streikenden Ovambos zur Arbeit zwingen, trügt, wie die Londoner "Times" vermutete, weil, "da die Menschen in Ovamboland ohnehin mehr oder weniger verhungern, sie sich möglicherweise längere Zeit einschränken könnten, als es die Behörden erwarten" (zit. nach FR v. 2.2.72).

Die Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes der südafrikanischen Völker liegt darin, daß in einer Phase sich international verschärfender Klassenkämpfe vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Kapitalismus der an seinem Ende stehende Sturz der rassistischen und imperialistischen Regimes eine weitere entscheidende Schwächung des Globalsystems des Imperialismus zur Folge haben wird, indem ein unmittelbarer Druck von den Völkern Afrikas genommen, ein gewaltiger Reichtum an Bodenschätzen dem Zugriff der internationalen Monopole entzogen wird. Dies vor allem dadurch, daß - hier ist H. Adam Recht zu geben - "auf Grund seiner (.....) ökonomischen Gegebenheiten (Südafrika) das erste wirklich sozialistische Land in Afrika werden könnte" (S.128).

#### Anmerkungen:

- 1) Zur Geschichte Namibias und seiner sozialökonomischen Struktur vgl. AIB Nr. 4/71
- 2) Eine Analyse über die Entwicklung Zimbabwes seit der erste Weiße dieses Land betrat bis zur Schaffung "Rhodesien", die von der ZAPU (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe) angefertigt wurde, findet sich in AIB Nr. 2/71 und Nr.3/71
- 3) Ein Überblick über die sozialökonomische Struktur, den Kampf der Bevölkerung gegen die Rassistenregime und die wichtigsten Apartheidsgesetze wurde in AIB Nr. 6/7/71 gegeben.
- 4) Südafrikanische Kommunistische Partei - SAKP
- 5) Spepe Nr. 5/72, S.66

#### INTERVIEW MIT

#### ANDREAS SHIPANGO

Was ist kürzlich im Caprivi-Streifen wirklich passiert?

- Bevor wir darüber sprechen, muß ein wichtiger Punkt klargestellt werden: ein grosser Teil der Presse hat in diesem Zusammenhang von Zwischenfällen gesprochen, die sich an der Grenze zwischen Südafrika und Sambia ereignet hätten. Aber zwischen diesen beiden Ländern gibt es keine gemeinsame Grenze. Der Caprivi-Streifen stellt ein zum Territorium von Namibia gehöriges Gebiet dar. Es ist ein wenig voreilig, Namibia als südafrikanisches Territorium zu betrachten, wo doch dieses Gebiet von Pretoria illegal okkupiert wurde. Dies vorausgeschickt, nun die Fakten:

Unsere Kämpfer haben einen Mörserangriff auf den südafrikanischen Militärflughafen von Katina-Mulino durchgeführt, der im Caprivi-Streifen liegt. Drei Hubschrauber wurden zerstört und 51 südafrikanische Soldaten haben den Tod gefunden. Die feindlichen Truppen, die in der Gegend von Grootfontein stationiert sind, kamen daraufhin in den Norden, um Hilfe zu leisten. Aber unsere Kämpfer haben ihnen die Stirn geboten. Das Gefecht hat mehrere Tage gedauert.

Stimmt es, daß einige Kämpfer nach dem Angriff in Sambia Zuflucht gesucht haben?

- Das ist völlig falsch. In diesem Gebiet wird die Grenze vom Sambesi gebildet. Für unsere Guerillas ist es absolut unmöglich, diesen Fluß zu überqueren, der dauernd von Polizeihubschraubern überflogen wird, und auf dem die südafrikanischen Boote patrouillieren. Die Aggression gegen Sambia durch Südafrika stellt eine reine Provokation dar.

Haben Sie Ausbildungslager in Sambia?

- Keine Ausbildungslager, weder in Sambia, noch in irgendeinem anderen Land. Seit 1967 bilden wir ausschließlich in Namibia aus. Wir schicken lediglich einzelne Kämpfer zur Ausbildung an modernen Waffen, die besonders schwierig zu bedienen sind, in bestimmte befreundete Länder, deren Namen ich nicht nennen möchte.

Gibt es Freiwillige aus anderen Ländern, die auf Ihrer Seite kämpfen?

- Nein. Wir ziehen es vor, selbst für die Befreiung unseres Bodens zu kämpfen. Wir haben überdies genug Männer, die am bewaffneten Kampf teilnehmen. Wir haben zu wenig Material, um alle unsere Freiwilligen auszurüsten. Was wir daher im Gegensatz dazu gern und dankbar annehmen von denen, die uns helfen wollen, das sind Material, Waffen, Medikamente und Geld natürlich.

Finden Guerilla-Aktionen in den Städten statt? Dort befinden sich doch die Niederlassungen der ausländischen Unternehmen.

- Das stimmt. Aber in der Phase des Kampfes, in der wir uns jetzt befinden, können wir es uns nicht erlauben, Sabotageakte in den Städten durchzuführen. Der bewaffnete Kampf muß sich in drei Etappen entwickeln:

- 1) auf dem Land Widerstandsnester mit großer Verteidigungskraft aufbauen,
- 2) die Städte isolieren und
- 3) in den Städten aktiv kämpfen.

Sabotage in den Städten würde die Bevölkerung jetzt in zu große Gefahr bringen, denn wir haben nicht genügend Waffen, sie zu verteidigen, geschweige denn, sie zu bewaffnen. Wir wollen unser Volk lebend befreien: keine unnützen Opfer.

Wo befinden sich Ihre starken Stellungen? In den Reservaten? Außerhalb der Polizeizone?<sup>1)</sup>

- Die Gebiete, in denen unsere Ausbildungslager liegen, umfassen vor allem den Caprivi-Streifen und den Distrikt Grootfontein.

Unser Ziel ist es, den Guerillakampf in die Richtung der Hauptstadt, bis nach Winhoek auszudehnen. Im Distrikt von Grootfontein, der innerhalb der Polizeizone liegt, ziehen sich viele weiße Farmer in die Städte zurück. In den Reservaten selbst gibt es jedoch keine Guerilla-Aktionen, denn die Reservate wären leicht einzukreisen und zu bombardieren. Die Reservate sind die Hauptziele unserer ideologischen Agitation.

Welche Objekte, außer dem Militärflughafen von Katina-Mulino können Sie im Augenblick außerhalb der städtischen Gebiete angehen?

- Wir greifen systematisch das südafrikanische Militär an, das längs unserer Grenze stationiert ist. Es gibt Stacheldrahtsperrungen, aber mit Granaten können wir leicht Breschen schlagen. Um bis an die Soldaten zu kommen, beobachten wir ihre Bewegungen. Sie benutzen immer dieselben Wege. Das bedeutet, daß der Rest des Gebietes vermint ist. Die Hubschrauber können die Guerilleros im Busch nicht ausmachen.

Es werden dort Panzerwagen der Marke "Panhard" gegen uns benutzt.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Guerilla ständig operiert. Pretoria spricht nur davon, wenn Offiziere getötet werden, wegen der militärischen Beisetzungsfeiern, die der Bevölkerung nicht verheimlicht werden können. Aber man versucht, die Verluste zu bagatellisieren. So meldete man im Juni den Verlust von drei Offizieren, während tatsächlich fünf getötet worden waren.

Wie weit ist das Cunene-River-Projekt gediehen? Versuchen Sie, es zu sabotieren?

- Die Arbeiten gehen weiter. Aber wir richten Sabotageakte gegen die Straßen und die Ausrüstungen, die für das Projekt bestimmt sind. Die Stauung des Cunene-Flusses an der Grenze zwischen Angola und Namibia wird mehrere Kraftwerke speisen und die Bewässerung von tausenden von Hektar erlauben. Die Baukosten übersteigen die des Staudamms von Cabora Bassa. Dieses Projekt wird von der SWAPO bekämpft, weil es dazu bestimmt ist, ausländische Investitionen in Namibia zu erlauben und die Ansiedelung von tausenden neuer weißer Kolonialisten im Land zu ermöglichen.

Sie reisen gerade nach Brüssel, um die vorbereitende Kommission für die Weltkon-

ferenz über Namibia, die dort im Februar stattfinden wird, zu organisieren. Können Sie uns genaueres über diese Konferenz sagen?

- Sie hat zum Ziel, unsere Sache und unseren Kampf allen fortschrittlichen Kräften im Westen bekannt zu machen und gemeinsam zu bestimmen, welche Hilfe sie uns bringen können: indem sie z.B. Druck auf ihre jeweiligen Regierungen ausüben, damit die Waffenverkäufe an Südafrika und die massiven Investitionen der Kapitalisten auf unserem Boden aufhören.

Die SWAPO ist sich voll bewußt, welche Bedrohung das faschistische südafrikanische Regime für Afrika und die ganze Welt darstellt. Wir glauben, daß die internationale Vereinigung aller fortschrittlichen Kräfte eine Verpflichtung hat im Zusammenhang mit der völligen Befreiung Namibias.

Aber "gegen die Buren kämpfen, das heißt gegen den weltweiten Kapitalismus kämpfen. Er ist es, der die Schnüre der Marionette Vorster zieht, eines Spielzeugs der Imperialisten"<sup>2)</sup>.

Der Feind ist mächtig. Um ihm die Stirn zu bieten, muß das namibische Volk fest zusammenhalten. Es muß bei sich selbst die Machenschaften der ausländischen Kapitalisten durchkreuzen, denen das System der Lohnarbeit letztlich mehr Profit einbringt als das Sklavenhalter-Regime der Apartheid.

Haben Sie nicht die Absicht, sich mit den anderen Befreiungsbewegungen zu verbünden, um eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten?

- Die Brüsseler Konferenz wird Gelegenheit bieten, über diese Frage wie über viele andere zu beraten, um den Weg freizulegen, der zur wahren Befreiung des namibischen Volkes führt.

#### Anmerkungen:

- 1) Ausschließlich Weißen reservierte Gebiete, wo jedoch viele Afrikaner leben, die in Lagern untergebracht sind für die Zeit, in der sie bei den Weißen beschäftigt werden, vor allem in den Bergwerken. (Anm. der Red.)
- 2) Manifest der Jugend der SWAPO 1971.

# INDOCHINA

Die "Pariser Weltkonferenz für Frieden und Unabhängigkeit der indochinesischen Völker", die vom 11.-13.2.72 in Versailles stattfand und mit 1.200 Delegierten aus 84 Ländern die breiteste und bedeutendste internationale Versammlung war, die jemals zur Verurteilung der US-Aggression und zur Unterstützung der indochinesischen Völker abgehalten wurde, hat für die internationale Solidaritätsbewegung wichtige Dokumente verabschiedet und Materialien vorgelegt, die auf die Entwicklung dieser Bewegung Einfluß gewinnen werden. Der im folgenden abgedruckten Resolution stimmten alle Delegierten zu: die der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam, der Patriotischen Front von Laos und der königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas ebenso wie die Delegierten aus den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern, die Vertreter der jungen Nationalstaaten und die Delegierten der nationalen Befreiungsbewegungen. Die Einheit der internationalen Solidaritätsbewegung stellte sich nicht allein bei der Übereinstimmung in den politischen Forderungen gegenüber der US-Regierung dar. Die Arbeit in den vier Kommissionen zu verschiedenen Aspekten des Kriegs in Indochina diente der Verständigung über wesentliche Grundfragen der US-Aggression und der Einschätzung ihrer Ursachen, was sich in gemeinsamen Berichten niederschlug. Hier bringen wir den Bericht der Wirtschaftskommission über die ökonomischen Interessen der US-Wirtschaft am Krieg in Indochina und die ökonomischen Folgen in den USA selbst sowie in Indochina und Südostasien.

## RESOLUTION DER PARISER WELTVERSAMMLUNG FÜR FRIEDEN UND UNABHÄNGIGKEIT DER INDOCHINESISCHEN VÖLKER

Die Pariser Weltversammlung für Frieden und Unabhängigkeit der indochinesischen Völker, die 1200 Delegierte aus 84 Ländern versammelt hatte, wardie größte und repräsentativste Versammlung, die jemals zur Unterstützung des Kampfes der indochinesischen Völker abgehalten wurde.

Dieser Erfolg zeugt für das weltweit wachsende Bewußtsein von der Bedeutung des Kampfes, der von den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha geführt wird, und von der immer dringender werdenden Notwendigkeit der aktiven internationalen Unterstützung.

Seit mehr als drei Jahren versucht die Nixon-Regierung, die öffentliche Meinung zu täuschen, indem sie die Völker glauben machen will, sie wolle den Konflikt beeen-



den, während sie in Wirklichkeit in diesen drei Jahren den Krieg fortgesetzt hat, ihn in Vietnam und Laos verschärft hat und in Kambodscha einmarschiert ist.

Die Nixon-Regierung wurde gezwungen, einen beträchtlichen Teil ihrer Bodentruppen, die in Vietnam kämpfen, abzuziehen, während sie auf der anderen Seite mit der Politik der Vietnamisierung versuchte, GIS durch eine riesige Saigoner Armee zu ersetzen, die durch die USA ausgerüstet und bezahlt wird.

Die Pazifizierung, die ein wesentliches Element der Vietnamisierung ist, war durch zahllose Morde, durch die Vertreibung der Bevölkerung usw. gekennzeichnet. Die Verschärfung des Krieges in Laos, seine Ausweitung auf Kambodscha, die immer weitergehende Einbeziehung Thailands in den Konflikt, besonders in Laos und Kambodscha, die Stärkung der Militärbasen in Asien (Okinawa, Taiwan usw.) waren einige der verheerendsten Folgen dieser Politik, die zum Ziel hat, Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen.

Der zunehmende Abzug von Bodentruppen war von der Intensivierung des Luftkrieges begleitet, der zum Ziel hat, die Länder Indochinas unter einer unvorstellbaren Menge von tödlichen Bomben neuen Typs und unter dem Sprühregen von Chemikalien und Giftgasen zusammenbrechen zu lassen, wobei schließlich eine neue Form des Krieges, der elektronische Krieg, eingeleitet wurde. Die Grausamkeit und der Experimentalcharakter solcher Verbrechen empören das Gewissen der Menschen und sollten die Wachsamkeit aller friedliebenden Menschen Überall in der Welt erhöhen.

Dennoch ist die Strategie Nixons in eine Sackgasse geraten: Nirgendwo in Vietnam, Laos und Kambodscha hatte die "Nixon-Doktrin" Erfolg. Die politische Lage der Marionetten-Regierungen in Saigon, Vientiane und Pnom Penh wird immer prekärer, da die Entwicklung der Opposition nun alle Schichten der Bevölkerung und alle Teile der öffentlichen Meinung erfaßt.

In der ganzen Welt und auch in den USA selbst wächst eine machtvolle Oppositionsbewegung gegen diesen Krieg.

Das erklärt, warum Nixon ein weiteres Mal die Völker zu täuschen versuchte, indem er am 25.1.1972 einen neuen 8-Punkte-Plan vorlegte, der mit der besonderen Drohung der erneuten Eskalierung des Krieges verknüpft war.

Die Vorschläge mögen zunächst wie ein Schritt vorwärts ausgesehen haben; in Wirklichkeit aber sind sie heuchlerisch und irreführend.

Wenn die Regierung der USA die Zahl der Bodentruppen reduziert, so verfolgt sie damit drei Hauptziele:

- die Verringerung der Zahl US-amerikanischer Toter und gleichzeitige Steigerung der Zahl vietnamesischer Toter, was den rassistischen Charakter der US-Politik verdeutlicht;
- die Verringerung der Zahl junger Amerikaner, die gegen ihren Willen nach Asien geschickt werden, in der Hoffnung, damit die Welle des Protestes, die mittlerweile angeschwollen ist, unter Kontrolle zu halten;
- die Eskalation des Krieges zu verheimlichen, der mit neuen technologischen Waffen und Instrumenten geführt wird und ohne den die Regierungen von Saigon, Pnom Penh und Vientiane nicht am Leben gehalten werden könnten.

Was Vietnam betrifft - wenn Präsident Nixon sich bereit erklärt, alle Truppen innerhalb von sechs Monaten nach der Herstellung eines Abkommens abzuziehen, ohne ein spezifisches Datum für diesen Abzug zu nennen, so versucht er auf diese Weise, die Besetzung Südvietnams durch die restlichen amerikanischen Streitkräfte auf unbestimmte Dauer fortzusetzen.

Was die "freien und demokratischen" Präsidentschaftswahlen betrifft - so soll eine Organisation geschaffen werden, die die Aufsicht führen soll; aber es ist ebenso vorgesehen, daß Thieu erst einen Monat vor der Wahl abdanken soll, die ihn an die Spitze der Streitkräfte und der Polizei bringen würde, in eine Position also, von der aus er jede Opposition strangulieren könnte. Außerdem wurde vorgeschlagen, Thieu einen Monat vor den Wahlen durch den Senatspräsidenten zu ersetzen, der so reaktionär ist, daß er sich genötigt sah, den 8-Punkte-Plan Nixons als zu konziliant zu verurteilen. Es würde zu einer Wiederholung der Wahlfarce vom Oktober 1971 in Saigon kommen.

Die Lösung des Konfliktes findet sich in dem 7-Punkte Vorschlag der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, der am 1. Juli 1971 vorgelegt und in einer besonderen Erklärung vom 2. Februar 1972 spezifiziert wurde:

Die US-Regierung muß ihren Luftkrieg

und alle militärischen Operationen in Vietnam beenden, schnell und vollständig alle ihre Truppen, Berater, Waffen und Kriegsausrüstungen abziehen.

Nguyen Van Thieu muß sofort zurücktreten. Die US-Regierung muß vollständig die Unterstützung der Saigoner Marionetten-Verwaltung einstellen und damit aufhören, diese zum Kampf gegen den Willen der süd-vietnamesischen Bevölkerung zu benutzen. Dann wird der Weg für wirklich freie und demokratische Wahlen offen sein. Die Befreiungsbewegung verpflichtet sich hier und jetzt, die Wiederherstellung der Menschenrechte auf breitester Basis zu gewährleisten.

In Laos muß der Friedensvorschlag mit der 5-Punkte Erklärung des Zentralkomitees der Patriotischen Front von Laos (8.3.70), die durch die Vorschläge vom 27.4.1971 und vom 22.6.1971 ergänzt wurde, übereinstimmen, die eine Feuereinstellung und insbesondere die Beendigung der Bombardierung des gesamten Territoriums vorsieht, damit es den betroffenen laotischen Parteien möglich wird, fruchtbare Verhandlungen über alle Fragen von gemeinsamen Interesse zu beginnen, um Frieden und nationale Eintracht wiederherzustellen.

In Kambodscha kann das Problem nur durch das kambodschanische Volk selbst, auf der Grundlage der 5-Punkte Erklärung, die das Staatsoberhaupt Samdech Norodom Sihanouk am 23. März 1970 abgab, und auf der Basis des Politischen Programms der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (FUNK) gelöst werden. Die US-Regierung muß die Bombardierung des kambodschanischen Territoriums vollständig und bedingungslos einstellen, muß ihre Marionettentruppen aus Saigon und Bangkok sowie die amerikanischen Berater und die ihrer Verbündeten vollständig abziehen. Die US-Regierung muß die Hilfe und Unterstützung für das dahinsiechende Regime in Phnom Penh aufgeben, so daß die Autorität der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK), der einzig legalen Regierung, die wirklich das kambodschanische Volk repräsentiert, im ganzen Land wirksam wird; es ist wünschenswert, daß diese Regierung allgemein anerkannt wird.

Die Einheit der internationalen Aktion ist eine der Kräfte, die den Sieg des Friedens möglich machen kann.

Die vielseitige Hilfe der sozialistischen, der Frieden und Freiheit liebenden

Länder, die Stärkung der Solidaritätsbewegungen in den verschiedenen Ländern und die breite Unterstützung durch die öffentliche Weltmeinung haben den kämpfenden Völkern Indochinas schon bewiesen, daß sie in ihrem Kampf, den sie für alle Völker der Welt führen, nicht isoliert sind.

In den Vereinigten Staaten selbst wird der Protest gegen den Krieg in verschiedenen Formen immer schärfer artikuliert, wie durch Musterungsboykotte, Desertionen, Widerstand, Demonstrationen, die mittlerweile auch auf die Soldaten übergreifen haben.

Die Versammlung ruft zur Unterstützung dieser fortschrittlichen und Antikriegskräfte in den USA auf und fordert von den Regierungen, Deserteuren Asyl zu gewähren und ihr Recht auf Repatriierung zu verteidigen.

Gemeinsam werden die Völker der Welt einen wirkungsvollen Beitrag dazu leisten, daß die US-Regierung den Frieden, die Unabhängigkeit und die Freiheit in Vietnam, Laos und Kambodscha wiederherzustellen gezwungen wird.

Versailles, den 13. Februar 1972

Einstimmig angenommen

## BERICHT

### DER WIRTSCHAFTSKOMMISSION

Die Wirtschaftskommission der Versammlung hat eine wissenschaftliche Diskussion auf hohem Niveau geführt und sorgfältig viele Aspekte der zahlreichen angesprochenen Probleme studiert. 27 Sprecher aus praktisch allen Teilen der Welt nahmen an dieser Diskussion teil: Nord- und Südamerikaner, Asiaten (Indochinesen, Inder, Japaner), Delegierte aus Westeuropa (Franzosen, Deutsche, Spanier) oder aus den sozialistischen Ländern. Unser Vorgehen war gekennzeichnet durch qualifizierte Vorbereitungsarbeit und das Bemühen aller Teilnehmer, die Wichtigkeit der behandelten Fragen zu betonen.

Die Kommission beschloß, zuerst die Frage der Ursachen des Vietnamkriegs zu untersuchen, die zum Verständnis der Folgen des Konflikts notwendig ist. Die Ursachen sind internationaler Natur und hängen auch mit den internen Schwierigkeiten der USA zusammen. Die Kommission hat nur die wirtschaftlichen Aspekte dieser Ursachen studiert und die Analyse politischer

Gegebenheiten anderen Kommissionen überlassen.

Was die internationale Ebene anlangt, so wurde die erste Intervention in Indochina motiviert durch den steigenden Bedarf der Vereinigten Staaten an Rohstoffen, billigen Arbeitskräften und Märkten, der die US-Vorherrschaft in Asien und die Errichtung amerikanischer Firmen in Thailand, Taiwan, Indien, Indonesien und Japan notwendig machte.

Indochina ist das Zentrum der ökonomischen und politischen US-Strategie in Asien geworden mit der Aufgabe, amerikanische Interessen zu schützen, besonders seit Beginn der nationalen Befreiungskriege. In einem neuen Bericht der Vereinigten Staaten wird die Errichtung eines Systems in Südvietnam erwogen, das den in Taiwan, Thailand und Südkorea bestehenden Systemen ähnlich ist. In diesem Bericht wird zugegeben, daß die Landwirtschaft, die bisher die Grundlage der südvietnamesischen Wirtschaft war, zerstört wurde. Aber durch die Errichtung von Flüchtlingslagern wurden Massen von Menschen zusammengetrieben, die zu sehr niedrigen Löhnen beschäftigt werden können. Die Ford Motor Company z.B. hat Maßnahmen ergriffen, in Vietnam eine Automontagefabrik zu errichten. Zu der herkömmlichen Ausbeutung der Rohstoffvorkommen kommt jetzt die Ausbeutung der Arbeitskraft hinzu. Die vom japanischen Großkapital kontrollierte Asiatische Bank ist stark an dieser neuen Entwicklung interessiert.

Was die Innenpolitik anlangt, so muß man feststellen, daß die Gesellschaft der Vereinigten Staaten unter beträchtlichem Druck steht, ihre Rüstung und ihr Verteidigungspotential zu vergrößern. Der Rüstungshaushalt spielt eine sehr wichtige Rolle in der US-Wirtschaft. Die begrenzte Kaufkraft der Arbeiter ist tatsächlich einer der Hauptfaktoren, die das Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten verlangsamen. In einer Ausgabe der Zeitschrift "Fortune" (einem Finanzblatt) von 1960 wird zugegeben, daß "der Verbraucher die Grenze ist". Die US-amerikanischen Regierungen versuchen deshalb, die Nachfrage durch Rüstungsausgaben anzukurbeln.

Zu Beginn der sechziger Jahre erhöhte Kennedy den Militärhaushalt für strategische Waffen (Raketen, U-Boote usw.) bedeutend. Aber das war nicht genug. Später, unter Johnson und seinem ungeheuer angewachsenen Rüstungshaushalt, erlaubte der

Vietnamkrieg der Wirtschaft, ihre gewünschte Entwicklung zu nehmen. Die rechtsgerichtete Zeitschrift "U.S. News and World Report" schrieb damals (1967): "Ohne den Vietnamkrieg sähen wir uns einer Rezession gegenüber". Der Krieg in Vietnam hat also, abgesehen von politischen Ursachen, eine bedeutsame Rolle bei der Stärkung der amerikanischen Wirtschaft gespielt.

Viele Riesenunternehmen haben von diesen Militärausgaben profitiert und tun es immer noch in beträchtlicher Weise (unter ihnen Lockheed, General Dynamics, Textron, General Electric, IBM, Boeing).

Aber in ihrer überstürzten Flucht vor der Rezession, um vorläufige Erleichterung zu erreichen, hat die amerikanische Wirtschaft auf lange Sicht ihre Stellung bedeutend verschlechtert. Die Auswirkungen des Krieges in Südostasien bekommen die Vereinigten Staaten jetzt zu Beginn der siebziger Jahre stark zu spüren.

Erstens ist die Inflationsrate sehr hoch; 1962 betrug sie nur 1%, 1969 stieg sie auf 5,6% und im Jahr 1970 auf 6,3%. Für 1972 wird sie auf 4 bis 5% geschätzt.

Der Lebensstandard der Arbeiter ist stark beeinträchtigt. Die Rede des Präsidenten zur Lage der Nation von 1971 zeigt, daß 1970 der Industriearbeiter 2,58 Dollar pro Woche weniger als 1965 verdiente. Die Arbeiter können also kaum ihre Reallöhne halten.

Aber die meisten Amerikaner müssen durch zunehmend höhere Steuern die Kosten des Indochinakrieges tragen, die seit 1965 auf über 140 Milliarden Dollar angestiegen sind.

Der Krieg in Indochina ist nicht der Grund für die gegenwärtige Krise der amerikanischen Wirtschaft. Er hat nur geholfen, sie zu verdeutlichen. Diese Krise ist umso ernster, weil im Gegensatz zu vorher die amerikanische Wirtschaft trotz des Krieges von Inflation, hohen Arbeitslosenraten und Stagnation betroffen ist. Nixon hat dem Ernst der Lage durch seine "Neue Wirtschaftspolitik" Rechnung getragen, die ihn zur Abwertung des Dollars, zur Erhebung eines zehnpromzentigen Einfuhrzolls und zur Preis- und Lohnkontrolle veranlaßten.

Der Krieg hat auch die Wirtschaft vieler anderer Länder beeinträchtigt: die Entwicklungsländer waren von Nixons zehnpromzentiger Erhöhung der Importsteuer

schwer betroffen. Diese Zölle bedeuten eine zunehmende Verschlechterung der Handelsbedingungen auf Kosten der ärmeren Länder. Die Dollarabwertung hat mit einem Schlag die ausländischen Währungsreserven dieser Länder um 10% verringert. Die Kommission hat noch nicht genug zu diesem Thema gehört. Die Diskussion über eben diesen sehr wichtigen Aspekt sollte in Zukunft ausgeweitet werden.

Einige Sprecher haben erwähnt, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung in den USA die Arbeiter der westeuropäischen Länder erkennen, daß sich ihre Lebensbedingungen wegen des Krieges verschlechtern. Dies ist ein Punkt, der weiter untersucht werden müßte.

Während der Krieg auf die amerikanische Wirtschaft widersprüchliche Wirkung hat, sind die Auswirkungen auf die Länder Indochinas natürlich verheerend.

Außer der durch den Krieg verursachten Verwüstung - ein Thema, auf das wir später noch zurückkommen werden - hat die Macht der Vereinigten Staaten die Wirtschaft derjenigen Länder vollkommen verändert, die sie unter ihre Herrschaft gebracht hat. Wie verschiedene Sprecher aufzeigten, ist die Wirtschaft Saigons nun völlig abhängig von den Interessen der Vereinigten Staaten und gleichzeitig parasitär; sie ist nicht selbständig und kann nicht das geringste Gleichgewicht erreichen. Ihr Außenhandel ist eindeutig unausgeglichen. Südvietnam, das früher wichtige Rohstoffe wie Kautschuk, Reis u.a. exportierte, führt jetzt nur noch ganz geringe Mengen Kautschuk aus. Der Wert der Einfuhren liegt heute vierzigmal höher als der Wert der Ausfuhren. Südvietnam produziert nicht genug Reis, und so wird importierter amerikanischer Reis in den Dörfern des Mekongdeltas gegessen. Dies sogenannte amerikanische Hilfsprogramm finanziert ausschließlich Käufe, die in den USA und Japan getätigt werden. Die Lebenshaltungskosten steigen mit unglaublicher Schnelligkeit. Der Wechselkurs des Piasters verändert sich stets nach den jeweiligen Interessen der US-Wirtschaft.

In Laos zielt die ökonomische Einmischung der USA auf eine Umwandlung des Landes in einen Markt für amerikanische Produkte ab, während die Einfuhr von Produktionsmitteln beschränkt wird, um die nationale Produktion zu verlangsamen. Nach dem Bericht eines laotischen Teilnehmers

folgte ein Bericht über die kambodschanische Wirtschaft, der ähnlich katastrophale Wirtschaftsverhältnisse beschrieb. Das Defizit im Außenhandel Kambodschas betrug 1971 ungefähr 400 Mio französische Francs; zwei Drittel der Haushaltsausgaben entfielen auf die Rüstung.

Zu dieser verheerenden Wirtschaftslage kommen noch die Schäden hinzu, die durch den Krieg verursacht werden; durch einen Krieg, der unabsehbare soziale, ökonomische und ökologische Folgen hat. Wir wollen uns einfach nur die Vergleiche in Erinnerung rufen, die in dem vom Organisationskomitee unserer Weltkonferenz vorbereiteten Text erwähnt werden.<sup>x)</sup> Danach haben die Vereinigten Staaten wenigstens 12% des südvietnamesischen Gebietes mit Chemikalien verseucht; das entspräche, auf die Vereinigten Staaten bezogen, der totalen chemikalischen Verwüstung der neun Südstaaten - Florida, Georgia, Alabama, Mississippi, Südcarolina, Nordcarolina, Tennessee, Kentucky und Arkansas. Die Zahl der Toten in Südvietnam entspricht wenigstens - proportional gerechnet - der gesamten Bevölkerung von Chicago und New York. Wir verfügen über einige Informationen (jedenfalls niemals genug) über die in allen Ländern Indochinas begangenen Verbrechen und Verwüstungen. Es wäre nur gerecht für die Opfer dieses grausamen Krieges, wenn sie eine Entschädigung von denen erhielten, die an ihrem Unglück schuld sind.

Viele Sprecher haben sich ausführlich mit der Wirtschaft der Demokratischen Republik Vietnam auseinandergesetzt. Sie haben gezeigt, daß der Krieg zum Katalysator der Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten geworden ist, in Nordvietnam dagegen trotz schrecklicher Zerstörungen und der fast vollständigen Verwüstung einiger Gegenden beachtliche wirtschaftliche Ergebnisse erzielt wurden.

In Saigon herrschen Inflation, Arbeitslosigkeit und Schmarotzertum; in Nordvietnam erzielt die Landwirtschaft Reiserträge, die viermal so hoch wie in den Kolonialgebieten sind (111 Zentner anstatt 26 pro Hektar), die Elektrizitätserzeugung ist in zehn Jahren um das Elfache gestiegen usw. ... und all das in einem Land, in dem - was nicht vergessen werden soll - 1943-44 noch zwei Millionen Menschen vor Hunger starben. In den befreiten Gebieten beginnt ein neues Leben. Einige Reden, die von Indochinesen in unserer Kommission ge-

halten wurden, verdeutlichten den Optimismus unserer Freunde aus Indochina und zeigten, daß das siegreiche Ende des Krieges den Weg zu ungeheurem Fortschritt auf ökonomischem und anderen Bereichen öffnen wird. Man muß sich daran erinnern, daß diese Länder neu aufgebaut werden müssen.

Wie von Sprechern festgestellt wurde, haben die Errungenschaften Nordvietnams verschiedene Ursachen: 1. die heldenhafte Arbeit eines ganzen Volkes, das die Last des Krieges trägt und immer noch unter Bombenangriffen arbeitet; 2. ein ökonomisches System, das sich von dem anderer indochinesischer Länder grundlegend unterscheidet; 3. die Unterstützung, die das vietnamesische Volk aus der ganzen Welt erhält, besonders aber die massive Hilfe aus den sozialistischen Ländern, der Sowjetunion, China und allen anderen.

Ein ausführlicher Bericht über die sowjetische Wirtschaftshilfe brachte einige Tatsachen ans Licht. Z.B. haben über 4000 sowjetische Experten (Ingenieure, Agronomen u.a.) in Nordvietnam Kader ausgebildet. Gegenwärtig baut die Sowjetunion 45 Fabriken und verschiedene Einrichtungen in Vietnam.

Wir kommen zum Schluß unseres Berichts. Unsere Diskussion hat gezeigt, daß die wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen dieses Krieges von Ökonomen, Soziologen und Historikern verschiedener Länder untersucht und analysiert worden sind. Um die Zerstörungen, die durch diesen Krieg verursacht werden, zu beseitigen, um Frieden in Indochina zu erreichen, um es letzten Endes den Völkern Indochinas zu ermöglichen, ihre Heimat wiederaufzubauen, ist noch viel Arbeit nötig. Zur Errichtung der Demokratie in diesen Ländern und Gebieten benötigen die Indochinesen noch große Unterstützung. Vor allem aber muß dieser schreckliche Krieg zu einem Ende gebracht werden ebenso wie die Intervention der Amerikaner und ihre sogenannte Hilfe oder besser gesagt Einmischung. Die Völker Indochinas müssen siegen.

x) In einer der nächsten Nummern werden Auszüge dieser Materialien veröffentlicht.

(Quelle: Hektographierte Konferenzmaterialien)

# TÜRKEI

Seit vor einem Jahr, am 12. März 1971, die Armeespitzen der Türkei durch ihr Ultimatum die Einsetzung einer ihnen willfährigen Marionetten-Regierung erzwangen und mit der Verhängung des Kriegsrechtes die Verfassung des Landes außer Kraft setzten, wütet der faschistische Terror in den Reihen der demokratischen und sozialistischen Opposition. Über 50 Todesurteile sind bisher ergangen. Zahlreiche demokratische und sozialistische Organisationen wurden verboten; unter ihnen die Türkische Arbeiterpartei (TIP). Diese Partei, die über eine breite Basis in der türkischen Arbeiterschaft, den Gewerkschaften und der fortschrittlichen Intelligenz, ja sogar in den unteren Rängen der Armee verfügt, spielt eine führende Rolle im antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf des türkischen Volkes. Sie soll hier kurz vorgestellt werden.

PETER DIETZEL:

## DIE TÜRKISCHE ARBEITERPARTEI (TIP)

Nach dem Sturz des reaktionären Menderes-Regimes durch das türkische Militär am 27. Mai 1960 und der Verabschiedung einer liberalen Verfassung 1961 konnte sich die Arbeiterbewegung in der Türkei nach 50 Jahren schärfster Unterdrückung zum ersten Mal halbwegs frei organisieren. Streikrecht und Koalitionsfreiheit wurden in den Artikeln 46 und 47 der Verfassung verankert. Als legale politische Vertretung der türkischen Arbeiterklasse entstand die Türkische Arbeiterpartei (TIP), die am 13. Februar 1961 von 12 fortschrittlichen Gewerkschaftern gegründet wurde. Die Kommunistische Partei allerdings, die nach ihrer Gründung 1920 nur 3 Jahre legal und schon unter Atatürk blutigen Verfolgungen ausgesetzt war, blieb weiterhin in die Illegalität verbannt; ebenso blieben die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches in Kraft, die allen denjenigen Strafen zwischen 8 und 15 Jahren androhen, die

- auf irgendeine Art und Weise versuchen, Vereinigungen zu gründen, zu organisieren, zu leiten und zu beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu begründen oder eine soziale Klasse zu beseitigen.

Gefängnis zwischen 5 und 15 Jahren soll erhalten,

- wer auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu begründen.

Diese beiden Paragraphen waren im Jahre 1936 aus dem Strafgesetzbuch des faschistischen Italien übernommen worden. War jedoch die Strafbarkeit im italienischen Vorbild an die Voraussetzung des gewaltsamen Umsturzversuches gebunden, so entfiel diese in der türkischen Fassung. Auch wurde das Strafmaß gegenüber der faschistischen Vorlage wesentlich erhöht. Die Illegalisierung und damit Kriminalisierung jeder Verfolgung von Klasseninteressen in politisch organisierter Form, die zusammenfiel mit dem Anwachsen der Arbeiterschaft in Industrie und Bergbau zu Beginn der dreißiger Jahre, fand ihre ideologische Rechtfertigung in der kemalistischen Ideologie, für die es soziale Klassen in der Türkei überhaupt nicht gab (Prinzip des Populismus), sondern lediglich durch gemeinsame Interessen verbundene Berufsgruppen.

Unter diesem Druck einer ständigen Verbotsdrohung war die TIP zu vorsichtigem legalistischem Taktieren gezwungen. An den ersten Wahlen nach dem Putsch im Jahre 1961 beteiligte sie sich noch nicht. Bis 1965 waren ihre Bemühungen hauptsächlich auf die Legalisierung und organisatorische Stärkung der Partei gerichtet, wobei sie von anderen linken Gruppen, wie z.B. den an den Universitäten gegründeten "Meinungs-Clubs" tatkräftig unterstützt wurde.

Auf dem ersten Parteitag 1964 wurde ein Programm angenommen, das, ausgehend von einer grundlegenden Analyse der türkischen Gesellschaft, zunächst radikale demokratische Reformen vorsah. Kernstück sollte eine an die etatistische Wirtschaftspolitik Atatürks<sup>1)</sup> anknüpfende Ausweitung des geplanten staatlichen Wirtschaftssektors sein, der jedoch "vom werktätigen Volk mitverwaltet und kontrolliert" werden sollte, wie im Parteiprogramm ausgeführt wird:

"Zu diesem Zweck werden die großen Produktions- und Transportmittel, der Außenhandel, das Banken- und Versicherungswesen verstaatlicht werden, ausgehend von den Unternehmen, die eine Schlüsselposition in der Nationalwirtschaft haben und in einer Reihenfolge, die den Erfordernissen der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft Rechnung trägt."

Diese Maßnahmen sollten einen Transformationsprozeß initiieren, der letztlich günstigere Ausgangspositionen für den Kampf um eine sozialistische Umwälzung schaffen

mußte (quantitative und bewußtseinsmäßige Stärkung der Arbeiterklasse; antifeudale Agrarreform auf dem Lande etc.) und der die Türkei aus der Einflußsphäre der imperialistischen Mächte tendenziell herauslösen würde.

"Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg sieht eine Wirtschaft vor, in der sowohl Privatunternehmen als auch staatliche Unternehmen vertreten sind [...]"

In der Planung der Wirtschaft werden die wirtschaftlichen Aktivitätsbereiche, die nicht zu dem staatlichen Sektor gehören, den Privatunternehmern überlassen werden. Jedoch wird die Planung sowohl für die Staatswirtschaft als auch die Privatwirtschaft verbindlich sein. Die Verbindlichkeit der Planung für die Privatwirtschaft wird durch demokratische Mittel erreicht werden."

Die Partei bekannte sich ausdrücklich zur parlamentarischen Ordnung und stellte sich auf den Boden der Verfassung.

"Nach der Auffassung der TIP über die Demokratie sind die führenden und treibenden Kräfte der Gesellschaft in der demokratischen Ordnung die türkische Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen. Die Türkische Arbeiterpartei, die politische Organisation dieser Klassen und Schichten, kommt durch demokratische Wahlen an die Macht. Sie bleibt an der Macht, indem sie die Grundrechte und -freiheiten der Menschen achtet und die Ausbeutung der Menschen durch Menschen ablehnt. Sie kann die Macht durch Wahlen wieder verlieren." [...]

Außerdem verlangte sie die Erweiterung und Entwicklung der organisierten Mitbestimmung der Volksmassen im Staat. Die

"TIP wird dem Volk die Möglichkeit geben, sich in der demokratischen Ordnung für verschiedene gemeinsame Ziele zu organisieren. Sie wird eine solche Ordnung schaffen, in der das ganze Volk am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wird."

Das Parteiprogramm kündigte eine Bodenreform an und wies im Artikel 37 darauf hin, daß die Verfassung den Staat zu einer Veränderung der Besitzverhältnisse in der noch durch feudale Überreste gekennzeichneten Agrarstruktur verpflichtet:

"Der Boden, der nach der Vorschrift der Verfassung vergesellschaftet wird, wird in erster Linie an die landlosen Bauern, und an die Bauern, die viel zu wenig Land besitzen, verteilt werden ... Die Verteilung des Bodens an die Bauern wird unentgeltlich erfolgen."

Die außenpolitischen Prinzipien der Partei betonten die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Türkei, die Unterstützung der antiimperialistischen Bewegungen und der Kampf für Frieden in der Welt:

"Die Türkische Arbeiterpartei betrachtet es als ihre heiligste Pflicht, die Integrität des Vaterlandes, die durch den Unabhängigkeitskrieg von der feindlichen Besetzung erkämpft worden ist, zu schützen."

"Sie setzt sich dafür ein, daß die Militärblöcke in der Welt und die Militärstützpunkte in fremden Ländern, die die Welt mit einem Atomkrieg bedrohen, abgebaut werden. Auf jeden Fall sieht sie es

als unerlässlich an, daß die Türkei sich schon jetzt diese Ziele setzt und eine unabhängige und friedliche Außenpolitik praktiziert."

Mit der Möglichkeit der legalen Arbeit gewann die Partei rasch an Masseneinfluß. Ihre Zeitungen hatten schnell wachsende Auflageziffern zu verzeichnen. Praktisch zum ersten Mal in der türkischen Geschichte war es möglich, die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus unter den werktätigen Massen zu verbreiten. Welchen Fortschritt diese Tatsache bedeutet, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß bis heute noch nicht einmal die wichtigsten Werke der "Klassiker" des Marxismus-Leninismus vollständig in die türkische Sprache übersetzt sind. Das hatte zur Folge, daß es auch innerhalb der Partei selbst schon frühzeitig zu ideologischen Richtungskämpfen gekommen war. Der ursprüngliche Charakter der Partei als Bündnis aller progressiven Kräfte links von der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) mußte zwangsläufig zu inneren Auseinandersetzungen führen, die anlässlich des Eingreifens der Staaten des Warschauer Vertrages zugunsten der von der Konterrevolution bedrohten sozialistischen Entwicklung in der ČSSR erstmals offen zutage traten. Der reformistisch orientierte Flügel unter dem damaligen Parteivorsitzenden Mehmet Ali Aybar plädierte für eine Verurteilung des Vorgehens der sozialistischen Länder gegen den heftigen Widerstand des konsequent marxistischen Flügels unter Sadun Aren und Behice Boran. Aybar mußte schließlich die Partei verlassen und Behice Boran trat an seine Stelle.

Ein weiterer Konflikt entzündete sich an einer grundsätzlichen Frage der richtigen Klassenanalyse der Türkei: Sind im Lande noch relevante Reste des Feudalismus vorhanden und steht daher zunächst die Auseinandersetzung mit den Großgrundbesitzern auf der Tagesordnung, oder ist in der heutigen Türkei der Hauptklassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital zu sehen, und ist somit die sozialistische Revolution unter Führung der türkischen Arbeiterklasse das unmittelbare Ziel? Die vor allem von dem Theoretiker Mihri Belli vertretene erste These fand besonders unter der studentischen Linken Anhänger.

Die Vorsitzende der Partei, Frau Prof. Behice Boran, umriß in einer Rede auf der 10. Jubiläumsfeier der Partei im Februar 1974 vor 5000 Delegierten die Aufgaben der Partei:

"TIP führt einen Kampf an drei Fronten, die miteinander eng verbunden sind: Gegen den Imperialismus für eine vollständige Unabhängigkeit, gegen den Faschismus und gegen den faschistischen Terror für die Demokratie und die Verfassung, gegen den Kapitalismus für den Sozialismus.[...] Die Entwicklung und Stärkung der demokratischen Ordnung im Interesse der Arbeiterklasse und aller werktätigen Massen kann nur das Werk aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse sein.[...] Solange die Arbeiterklasse und die Werktätigen keine bewußte und organisierte politische Kraft bilden, können sie auf keinen Fall die Macht von der Bourgeoisie übernehmen, und solange dieser Machtwechsel nicht erfolgt ist, ist keine dauerhafte und radikale Lösung der Probleme möglich.[...]

Die Aufgabe der TIP in diesen Tagen ist die Einigung aller dieser Massenaktionen gegen den Faschismus und den Imperialismus für die Demokratie und die Unabhängigkeit in einer einheitlichen Front; diese revolutionären Massen schützen die unabhängige Existenz der sozialistischen Partei der Arbeiterklasse und stärken ihre führende Rolle."

Von Anfang an war die Partei fest in der türkischen Gewerkschaftsbewegung verankert. Seit 1961 war die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ständig gestiegen: von 250.000 im Jahre 1959 auf 600.000 im Jahre 1965. Neben den "gelben" Arbeitgeber-Gewerkschaften, mit finanzieller Unterstützung und Beratung seitens der USA 1957 unter dem Menderes-Regime gegründet und im Gewerkschaftsbund Türk-Is zusammengefaßt, wurde 1967 die Revolutionäre Gewerkschaftsföderation DISK von vier Gewerkschaftern der TIP ins Leben gerufen. In ihr organisierten sich eine wachsende Zahl der Arbeiter, zuletzt über 125.000. Der Versuch der Regierung Demirel, im Juni 1970 mit einem neuen Gewerkschaftsgesetz, das die freie Wahl der Gewerkschaftszugehörigkeit faktisch abschaffen und das Recht, Tarifabkommen abzuschließen, auf die "gelben" Gewerkschaften beschränken sollte, DISK auf kaltem Wege auszuschalten, rief Protest und Demonstrationen von über 100.000 Arbeitern in Istanbul und Izmir hervor.

Bei den Parlamentswahlen von 1965 konnte die TIP auf Antriebe 300.000 Stimmen auf sich vereinigen und 15 Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden.

Nach diesen ersten Erfolgen wurde der Partei durch versteckte und offene Repressionsmaßnahmen die politische Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments zunehmend erschwert. Diese Repressionsmaßnahmen richteten sich ab 1967 auch gegen die Gewerkschaftsföderation DISK, gegen Studentenorganisationen und Bauern. Die Regierung Demirel hatte richtig erkannt, daß

einem Bündnis von Arbeitern und Bauern die Herrschaftsverhältnisse in der Türkei nicht standhalten würden. Um der Ausbreitung von Bauern-Bünden zuvorzukommen - es hatten bereits gewaltsame Landbesetzungen stattgefunden -, nutzte sie die reaktionären ideologischen Traditionen des Islam aus, um Rechtsfanatiker zu Pogromen gegen die Organisationen der Arbeiter aufzuhetzen. Dazu ein Beispiel: Faschistische Trupps, unter ihnen Parteigänger Demirels, verübten Bombenanschläge auf Moscheen und schoben der Arbeiterpartei bzw. den Gewerkschaften die Schuld in die Schuhe. Die aufgebrachten Gläubigen legten daraufhin Parteihäuser, Druckereien und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften in Schutt und Asche. So wurden bis zum 12. März 1971 durch Staatsorgane und faschistische Kommandos ermordet: 14 Arbeiter und drei führende Mitglieder der Arbeiterpartei, 8 Bauern und 3 Studenten.

Durch eine gezielte Wahlrechtsänderung schließlich gelang es den Herrschenden, die TIP bei den Wahlen 1969 trotz weiteren Stimmenzuwachses weitgehend aus dem Parlament zu verdrängen. Nicht verhindern konnten sie jedoch den zunehmenden Einfluß der Partei und das Wachsen einer breiten anti-imperialistischen Bewegung, die weit über das Wählerreservoir der TIP hinausging. Zunächst ohne sozialistische Perspektive und stark von kemalistischen Ideen inspiriert, entwickelte sich diese Massenbewegung während der Zypern-Krise in den Jahren 1963/64. Nur teilweise war es möglich, die an der Zypern-Frage entflammten anti-amerikanischen Emotionen zu politisieren. Dies gelang erst im Verlauf der weiteren ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken und der weiteren Verbreitung der Ideologie der Arbeiterklasse, des wissenschaftlichen Sozialismus.

Eine zweite Welle der Massenmobilisierung ab 1966 richtete sich gegen die "Besuche" der 6. US-Flotte in türkischen Häfen. Auf Protestversammlungen und Demonstrationen wurde der Abzug aller US-Truppen und der Austritt der Türkei aus der NATO gefordert und der US-Imperialismus und die mit ihm im Bunde stehende inländische Reaktion wurden als Hauptfeinde des türkischen Volkes gebrandmarkt. Die damalige Demirel-Regierung reagierte mit massivem Polizeiterror: Am 16. Februar 1969, der als "Blutiger Sonntag" in die Geschichte einging, kesselte die Polizei in Istanbul einen kleinen Teil von Demonstranten

auf dem Taksim-Platz ein, um anschließend bewaffnete Schlägertrupps durch den Kordon einzuschleusen. Diese Schlägertrupps veranstalteten unter den Demonstranten ein blutiges Gemetzel.

Infolge der ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und der zum Teil reformistischen Orientierung unter der Führung Ali Aybars - vor allem nach den Wahlerfolgen von 1965 - war es möglich, daß der ursprünglich auf Anregung der TIP hin gegründete Verband der bereits erwähnten studentischen "Meinungs-Clubs" (FKF) sich mehr und mehr verselbständigte und von der Partei entfernte, wie auch die Partei zeitweilig in die Gefahr geriet, den Kontakt zu den Massen zu verlieren. Im September 1969 ging aus dem Verband der Meinungs-Clubs der Türkische Revolutionäre Jugendverband - "Dev-Genc" hervor. Zwar hatte die türkische Studentenbewegung bei der Organisierung von antiimperialistischen Massenaktionen eine hervorragende Rolle gespielt und aktiv an den Kämpfen der Arbeiter und Bauern bei Fabrik- und Landbesetzungen teilgenommen; sie hatte sich auch von Anfang an nicht als das eigentliche revolutionäre Subjekt begriffen und kein elitäres Gruppenbewußtsein entwickelt; doch nun ließ sie sich durch die zunehmende Repression und den bewaffneten Terror von rechts, wohl auch infolge des Ausbleibens unmittelbarer Erfolge, zu einer abenteuerlichen und sektiererischen Politik verleiten. Das hatte eine weitere Spaltung in sich heftig befehlende Splittergruppen, die sich vor allem auf Guevara oder Mao beriefen, sowie die fast vollständige Isolierung von den werktätigen Massen zur Folge. So wurde es der Reaktion am Vorabend der faschistischen Machtergreifung erleichtert, Provokateure in ihre Reihen zu schleusen, um die gesamte linke Bewegung in bewaffnete Kämpfe zu verwickeln und als Terroristen abstempeln zu können. Die Haltung der TIP zu dieser Politik war eindeutig:

"Offensichtlich beabsichtigen die Herrschenden, die Studentenbewegung durch Spitzel von ihren wahren Zielsetzungen abzulenken, und in der Anarchie, die sie selbst schaffen, die demokratische Ordnung aufzuheben. [...]  
Was aber die Jugendlichen betrifft: Es ist das Recht und die Pflicht der Jugendlichen, für den gesellschaftlichen Fortschritt zu kämpfen. Jedoch müssen sich die Jugendlichen vor den Provokateuren hüten, die sie in falsche Bahnen zu lenken versuchen. Ebenso müssen sie dazu fähig sein, falsche, nicht durchdachte Ideen zu erkennen und dagegen zu kämpfen. Auf jeden Fall ist es die Aufgabe der Jugendlichen, sich die Mobilisierung der Volksmassen für den Kampf



für Fortschritt und Demokratie zum Ziel zu setzen und für dieses Ziel ernsthaft und verantwortungsbewußt durchdachte Aktionen in Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse durchzuführen."

(Aus der Presseerklärung des Generalsekretärs der TIP Saban Erik, November 1970)

Da es nicht gelungen war, Mitglieder der Partei in isolierte Verzweiflungsakte zu verwickeln, mußte man sich anderer Mittel bedienen, um die Partei zu zerschlagen. Im Osten der Türkei leben etwa 3,8 Mio Kurden, eine ethnische Minderheit, meist Bauern, die nicht türkisch, sondern kurdisch sprechen. Der Staat jedoch negiert die Existenz dieses Volkes - im offiziellen Sprachgebrauch erscheinen sie lediglich als "Bergtürken" -, der Gebrauch der kurdischen Sprache in Wort und Schrift ist offiziell untersagt. Selbst nichtige Anlässe dienen den Behörden dazu, durch Strafexpeditionen jeglichen Emanzipationsversuch blutig zu unterdrücken. Die TIP, die den Kampf für die Rechte des kurdischen Volkes zum Programmpunkt erhoben hatte, wurde nach Verkündung des Kriegsrechtes verboten, zahlreiche Mitglieder inhaftiert und die Parteiführung mit dem Vorwurf, sie betreibe "Kurdismus" und gefährde die Einheit der Nation, unter Anklage gestellt. Der Staatsanwalt des Militärgerichtes bezeichnete sich selbst als einen Nationalsozialisten und den Nationalsozialismus als die einzige der türkischen Nation würdige Ideologie. Die TIP aber habe durch "den wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. Kommunismus" diese Ideologie "verraten" und wolle die türkische Nation in Klassen spalten. Dazu Behice Boran in ihrer Verteidigungsrede:

"Der Herr Staatsanwalt bemüht sich in den vielen Seiten seiner Anklageschrift um den Beweis, daß die Türkische Arbeiterpartei eine Klassenpartei ist. Wie man sehen kann, sieht er die Klassenpartei als strafbar an. Er hat damit jedoch nichts erreicht, denn die Türkische Arbeiterpartei ist eine Klassenpartei. Das haben wir jederzeit offen gesagt. Wir sind stolz darauf, die Partei der Arbeiter und Werktätigen, die Partei aller Unterdrückten und ausgebeuteten Staatsbürger zu sein."

#### Anmerkung :

- 1) Die statistische Wirtschaftspolitik Atatürks zu Beginn der 30er Jahre kann als ein massiver, z.T. politisch motivierter Staatsinterventionismus mit stark ausgeprägter gesamtgesellschaftlicher Zielsetzung charakterisiert werden.

Die Zitate sind dem Informationsdienst "Türkei - heute", Nr.2, entnommen, den die Union für eine demokratische und freie Türkei, Westberlin, im Eigenverlag herausgibt, sowie einer Sendung des WDR III vom 7.12.71.

# LIBANON

Vom 7.-9.Jan.1972 fand der 3.Parteitag der Libanesischen Kommunistischen Partei in Beirut statt. Nach der Legalisierung der Partei durch die Regierung des damaligen Präsidenten Helou im August 1970 war dies der 1. Parteitag, auf dem nach 23 Jahren der Illegalität das Aktionsprogramm und die politischen Richtlinien der Partei in aller Öffentlichkeit dargelegt werden konnten. Angesichts der jetzigen zugespitzten Situation im Libanon und der im Frühjahr bevorstehenden Parlamentswahlen, sind die Ergebnisse dieses Parteitags von großer Bedeutung.

Die annexionistischen Bestrebungen Israels und der Versuch, die palästinensische Widerstandsbewegung zu zerschlagen, zeigen die massive Bombardierung und die Besetzung des südlichen Libanon vom 24.-28.2.72 "durch israelische Militärs als angeblichen Vergeltungsschlag" für Angriffe der Fedajin auf israelisches Gebiet. Nach einem entsprechenden Beschluß des Sicherheitsrates der UNO wurde das Gebiet wieder geräumt und von der libanesischen Armee besetzt. Die Androhung Israels, libanesisches Gebiet wieder zu besetzen und dann endgültig zu annektieren, falls die libanesishe Regierung die palästinensischen Widerstandsorganisationen nicht unter Kontrolle brächte, führte Anfang März in Beirut zu großen Solidaritätsdemonstrationen für die Fedajin. Diese Protestdemonstrationen schlugen in Demonstrationen gegen die Beiruter Regierung um.

In diesem Heft beginnen wir mit dem Abdruck eines Teils der Analyse der LKP "Über die Lage im arabischen Raum". Im nächsten Heft wird ein weiterer Teil erscheinen.

## THESEN ZUM 3. PARTEITAG

### DER KP LIBANONS

[...]

#### II DIE LAGE IM ARABISCHEN RAUM

[...] Die Aggression von 1967,<sup>1)</sup> die einen der Aspekte der verschärften Aggressivität des Imperialismus in der Welt darstellt, hatte die Verwirklichung der Expansionspläne Israels, die Liquidierung des palästinensischen Problems und des Kampfes des palästinensischen Volkes zum Ziel. Ihr Ziel war es ebenfalls, die arabische nationale Befreiungsfront zu lähmen, die Entwicklung ihrer jungen fortschrittlichen Strömungen (wirtschaftliche und soziale Veränderungen durch die fortschrittlichen Regime, die nicht nur gegen die Positionen des ausländischen Monopolkapitals sondern auch gegen die feudale und kapitalistische Aus-**17**

beutung gerichtet sind) zu hemmen. Schließlich sollte diese Aggression dazu dienen, die Positionen der fortschrittlichen arabischen Kräfte zu schwächen und der arabisch-sowjetischen Freundschaft einen Schlag zu versetzen.

Der imperialistische, zionistische und reaktionäre Druck wird in verschiedener Form zur Verwirklichung dieser Ziele fortgesetzt. Israel hält weiterhin große arabische, ägyptische und syrische Gebiete sowie das gesamte palästinensische Gebiet besetzt, wobei ihm die Unterstützung und die militärische, politische und materielle Hilfe der Imperialisten, besonders der amerikanischen zuteil wird. Es weigert sich, die Resolution des Sicherheitsrates vom November 1967 zu respektieren, in der die Räumung der durch den Junikrieg besetzten Gebiete festgelegt ist. Außer der Unterstützung für Israel führen die USA auch politische Manöver zur Festigung ihrer Positionen und der ihrer Komplizen in diesem Gebiet durch. Sie versuchen, die öffentliche Meinung der arabischen Welt und der übrigen Welt zu täuschen, indem sie die Suche nach einer Lösung der Krise im mittleren Osten vortäuschen, indem sie verschiedene Vorschläge vorlegen. Dazu gehört auch der Roger-Plan,<sup>2)</sup> dessen tatsächliches Ziel es ist, die Positionen Israels zu stärken und die Araber zu einem Kompromiß zu bewegen, der darauf abzielt, laufend Konzessionen zu machen, deren eindeutigste die Einstellung des Kampfes des arabischen palästinensischen Volkes und die Liquidierung der fortschrittlichen Strömungen innerhalb der arabischen Befreiungsbewegung ist, sowie die Zerstörung der Einheit der fortschrittlichen arabischen Kräfte und der arabisch-sowjetischen Freundschaft, wodurch die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Positionen des amerikanischen Imperialismus in diesem Gebiet gefestigt werden sollen - kurz gesagt, die Verwirklichung sämtlicher Ziele der imperialistisch-zionistischen Aggression vom Jahre 1967.

Die kommunistische Partei des Libanon hat eine positive Haltung gegenüber der Resolution des Sicherheitsrates vom November 1967 angenommen aufgrund der Eindeutigkeit der Formulierungen, die die gewaltsame Annexion der Gebiete untersagen, und weil durch deren Verwirklichung in der gegenwärtigen Lage des Kräfteverhältnisses zwischen der nationalen arabischen

einerseits und Israel, dem Imperialismus und der Reaktion andererseits ein Ausweg gefunden werden kann.

Die Partei hat die diesbezüglichen Bemühungen und Initiativen der UdSSR sowie deren wachsende militärische und wirtschaftliche Hilfe begrüßt, sie hat sie stark gewürdigt, da sie sie als wichtige politische Hilfe im Kampf der arabischen Völker betrachtet, die nach der Aggression von 1967 ein grundlegendes Element der arabischen Resistance gegenüber der Aggression darstellt. Die Partei ist der Auffassung, daß die Ablehnung einer politischen Lösung durch gewisse Kräfte der nationalen arabischen Befreiungsfront und die Suche nach einer künstlichen Opposition zwischen politischem und militärischem Kampf eine falsche Position darstellen, die weder den Umfang des Konfliktes noch die objektiven Umstände berücksichtigt. Zwar kann man diese Position verstehen, jedoch ohne sie zu rechtfertigen. Gewisse Kreise der palästinensischen Resistance betrachten das Problem einer politischen Lösung nur einseitig und losgelöst von der arabischen Befreiungsbewegung und lehnen sie generell ab. Man könnte diese Positionen verstehen, wenn sie nicht begleitet wären von konkreten Aktionen, deren Zersplitterung der Zersetzung der Einheit der fortschrittlichen arabischen Kräfte und einer falschen Auffassung vom Hauptfeind. Andere Kreise außerhalb der Resistance begnügen sich mit leeren Reden. Dadurch entstand ein negativer Faktor des arabischen Kampfes, und es wurde innerhalb der fortschrittlichen Volksbewegung noch mehr Verwirrung geschaffen, was der Verwirklichung des imperialistisch-zionistischen Planes Vorschub leistet. Diese Kräfte haben nicht ein Minimum dazu beigetragen, die Kraft der arabischen Völker in ihrem Kampf gegen die Aggression zu stärken.

Die Partei ist der Meinung, daß die arabischen Völker materiell die Möglichkeit haben, die Folgen der Aggression vom Juni 1967 zu beseitigen. Dadurch hätten sie die Garantie, den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten zu erzwingen. Dazu ist es aber erforderlich, alle Kräfte besonders die der fortschrittlichen arabischen Länder zu mobilisieren, die Aktionen dieser Länder zu koordinieren und zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Die Massen müssen unterstützt und für den Kampf mobilisiert werden; gleichzeitig müssen weitestgehende Freiheiten gewährt werden.

Auch dies erfordert die Hilfe, Unterstützung und echte Koordinierung mit der palästinensischen Resistance, damit sie ihrer Rolle gerecht werden kann. Dies erfordert eine echte Zusammenarbeit der fortschrittlichen arabischen Kräfte, die Ausübung einer entschlossenen antiimperialistischen Politik, besonders gegen den amerikanischen Imperialismus und die Liquidierung seiner wirtschaftlichen Positionen in diesem Gebiet bei einer ständigen Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und ihrer Vorhut, der Sowjetunion, indem die militärische, politische und materielle Hilfe, die diese zur Verfügung stellt, voll genutzt wird, um somit den entscheidenden Kampf gegen den Imperialismus und Israel siegreich zu beenden.

Die Partei hat das Einverständnis der VAR und der anderen Kräfte der nationalen arabischen Befreiungsbewegung für eine politische Lösung der Krise im mittleren Osten sowie andere Initiativen in diesem Zusammenhang begrüßt, die dazu dienen, Israel im internationalen Maßstab zu isolieren und seine tatsächlichen aggressiven expansionistischen Absichten herauszustellen. Jedoch war die nachgiebige politische Position nicht immer von einer politischen Globalstrategie begleitet, die fähig ist, die Volksmassen für den antiimperialistischen und antireaktionären Kampf in diesem Gebiet zu mobilisieren.

Abgesehen vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA waren die amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Positionen nicht ernsthaft berührt worden, trotz der starken amerikanischen Intervention bei der Aggression von 1967 und der fortgesetzten Unterstützung auch nach der Aggression. Die arabische Reaktion hat den größten Nutzen aus den verzweifelten und fortgesetzten Versuchen der "amerikanischen Neutralisierung" gezogen. Sie unterstützte den Appell für einen Kompromiß mit den Amerikanern, für eine Freundschaft mit Amerika, für eine völlige Unterwerfung, noch mehr, als dies bei Israel der Fall ist. Die rechten Flügel der arabischen Befreiungsbewegung lassen sich von den Appellen zur "Neutralisierung" der USA beeinflussen. Die Partei jedoch, die die Notwendigkeit einer nachgiebigen Politik zur Isolierung des Feindes erkannte, hat stets zu unterscheiden gewußt zwischen einer nachgiebigen Politik und der

Tendenz zu Kompromissen und Konzessionen, die unter Bezug auf diese Nachgiebigkeit gemacht werden und hat sich stets gegen letztere gewehrt.

Diese Tendenzen haben die arabische Reaktion stark unterstützt in ihren schamlosen Komplotten gegen die Volksbewegung und die palästinensische Resistance. Im Zuge des "Rogers-Plans", hat sie das Blutbad vom September 1970<sup>3)</sup> gegen die palästinensische Resistance und die Fortschrittswegung in Jordanien organisiert und führte ihre Vernichtungspläne bis zum Ende durch. Dank der Unterstützung und Ermutigung durch die Imperialisten spielt die arabische, saudiarabische und besonders die jordanische Reaktion eine immer bedeutendere Rolle. Diese Aktivitäten zusammen mit einer verstärkten Position der Rechtsströmungen im Inneren der fortschrittlichen arabischen Regime, die antidemokratischen, antikommunistischen und gegen eine Freundschaft mit der UdSSR gerichteten Tendenzen stärken die Unnachgiebigkeit Israels und führen dazu, daß die USA, die diese Manöver fortsetzen, nach jeder erfolgten Konzession eine neue fordern, solange, bis alle Ziele der imperialistischen israelischen Aggression verwirklicht sind.

Im politischen Programm der Partei wurde die Einsetzung fortschrittlicher Regierungen in einigen arabischen Ländern sowie die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen dieser Regierungen, die gegen den Neokolonialismus, gegen die feudale und kapitalistische Ausbeutung gerichtet sind, positiv bewertet. Ferner wurden auch die allgemeine antiimperialistische Linie in der Außenpolitik dieser Regierungen und ihre positive Rolle in Bezug auf den internationalen Hauptkonflikt, d.h. den zwischen dem für Befreiung und Frieden kämpfenden sozialistischen Lager und dem Lager der Kolonialherrschaft, des Imperialismus und der Aggression begrüßt.[...]

Im politischen Programm der Partei wurde auch auf die wichtigsten Unzulänglichkeiten dieser Regierungen hingewiesen sowie auf die verschiedenen antagonistischen Strömungen. Die Machtergreifung durch die Vertreter des Kleinbürgertums, deren mangelhafte ideologische Klarheit in Bezug auf die künftige Entwicklung, der zwiespältige und widersprüchliche Charakter des Kleinbürgertums sowie die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und militä-

rischen Schwierigkeiten, die aufgrund der ständigen Besetzung der arabischen Territorien durch Israel ständig wachsen, alle diese Tatsachen ermöglichen es den rechten Flügeln, sich zu entfalten und eine politische Linie zu verfolgen, die die künftige Entwicklung dieser Regierungen gefährdet und den Interessen und objektiven Erfordernissen der Entwicklung der gesamten Gesellschaft zuwider läuft. Diese Tendenz ruft die Reaktion der wachsenden Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauern und der werktätigen Massen hervor, einschließlich der Masse des Kleinbürgertums, deren politische Erfahrungen wachsen und die an der Entwicklung der Errungenschaften interessiert sind und deshalb den Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion im Inneren vorantreiben.

Das Ergebnis dieses Konfliktes wird über das Schicksal dieser fortschrittlichen Regierungen entscheiden: entweder werden sie ihre fortschrittliche Tendenz verstärken oder einen Rückgang zu verzeichnen haben.

Die Niederlage vom 5. Juni <sup>1)</sup> hat die Mängel und Unzulänglichkeiten in der Struktur den fortschrittlichen arabischen Regierungen und ihre Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und militärischem Gebiet bei der Abwehr der imperialistischen israelischen Aggression aufgezeigt. Durch die Folgen dieser Aggression haben sich die Lasten dieser Regierungen weiter erhöht.

Angesichts dieser neuen Schwierigkeiten verstärkt sich der innere Konflikt zwischen den beiden Hauptrichtungen dieser Regierungen weiter. Die Volksmassen konnten zwar etwas Widerstand leisten und durch die umfangreiche Unterstützung der UdSSR für die arabischen Länder konnte die Verteidigung der fortschrittlichen arabischen Länder gewährleistet, die Positionen der fortschrittlichen Strömungen in diesen Ländern gestärkt werden; aber die Rechtsströmungen konnten immer ihre Aktionen durchführen. Nach dem Tode von Präsident Nasser haben sich die Machenschaften der Imperialisten, der Zionisten und der Reaktion verstärkt. Die Rechtsströmungen riefen zu einem Kompromiß mit Amerika auf, zu einer einseitigen Lösung mit Israel, zu sozial-ökonomischen Veränderungen und zu verschiedenen Konzessionen, die von den

Stelle stand dabei die Liquidierung der arabisch-sowjetischen Freundschaft oder der sogenannten "sowjetischen Präsenz in diesem Gebiet", der palästinensischen Resistance, der Volksbewegung und der fortschrittlichen Kräfte, besonders der arabischen kommunistischen Parteien.

Die Krise um die Führung in der nationalen arabischen Befreiungsbewegung, die nach der Aggression von 1967 begann und die sich nach dem Tode Nassers verstärkte, verschärfte sich noch weiter aufgrund der Festigung der Positionen der Rechtsströmungen innerhalb der nationalen arabischen Befreiungsbewegung und die offensichtliche Unfähigkeit des Kleinbürgertums, mit seiner ideologischen Konzeption, seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Richtung die sozialen und nationalen Anliegen der arabischen Völker zu verwirklichen, einschließlich der Liquidierung der imperialistischen israelischen Aggression, der Erfüllung der Hoffnungen des palästinensischen Volkes, der völligen Befreiung vom Imperialismus und der Herstellung einer echten arabischen Einheit.[...]

Die Mängel und Unzulänglichkeiten unter denen die fortschrittlichen Regime zu leiden haben und die politische Richtung ihrer rechten Flügel, die keineswegs den Erfordernissen der Entwicklung der Gesellschaft entspricht und nicht den harten Kampf mit dem Imperialismus, Zionismus und der Reaktion aufnimmt, leisten der Infiltration, der Beteiligung, ja sogar der Machtergreifung durch reaktionäre Kräfte Vorschub, die planmäßig an der Zerstörung der Errungenschaften sowie an sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen arbeiten und damit gegen die Interessen des Kleinbürgertums selbst handeln, das eine soziale Schicht der Arbeiter, Bauern, Handwerker und Intellektuellen darstellt, das bedeutet die Zerstörung der Interessen und Errungenschaften der großen Massen, die an der Entwicklung des Regimes bis hin zum Sozialismus interessiert sind und einen Rückfall in den Zustand, wo die Interessen (wirtschaftliche, soziale und politische) der bereits bekämpften Klassen gewahrt sind.

Die Rechtstendenzen und die Gefahren für die fortschrittlichen Regime und die nationale arabische Befreiungsbewegung müssen gezügelt werden, um die künftige fortschrittliche Entwicklung zu gewähr-

leisten, denn sämtliche Reformen und wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften wie die Landreform, die Verstaatlichungen, die Schaffung eines öffentlichen Sektors in der Wirtschaft und die Industrialisierung, die dank der Hilfe der UdSSR und der der anderen sozialistischen Länder möglich war, haben die Basis des menschlichen Lebens verbreitert. Die Verschärfung des Klassenkampfes in den Ländern, wo die Arbeiterklasse und die Masse der Bauern in diesem Kampf eine bedeutendere Rolle spielen, beweist, daß die subjektiven Bedingungen (politischer, ideologischer und organisatorischer Art) mehr und mehr heranreifen, angesichts der Rechtskräfte und ihrer gefährlichen Tendenzen, ein echtes fortschrittliches Regime zu schaffen.

Die Ereignisse im Sudan waren ein klarer Beweis für das Ausmaß der Gefahren der Rechtsströmungen innerhalb der nationalen arabischen Befreiungsfront, die gegen die Volksmassen gerichtet waren. Nicht einmal die Helfershelfer des Imperialismus haben es gewagt, derartige barbarische Verbrechen gegen die kommunistische Partei des Sudan und seine heldenhaften Führer oder gegen die Arbeiterbewegung oder die demokratische Front des Sudan zu begehen. Die Reaktion einiger fortschrittlicher arabischer Regierungen auf die Ereignisse im Sudan hat die Furcht der rechten Kreise vor der Errichtung eines echten fortschrittlichen Regime mit antiimperialistischer, antizionistischer Richtung und sozialistischer Außenpolitik, welches die arabischen Länder zur Einheit aufruft, gezeigt. Diese Reaktion hat die Unfähigkeit dieser Rechtskreise aufgezeigt, eine führende Rolle in der arabischen Befreiungsbewegung zu spielen. Sie hat auch gezeigt, wie weit diese Kreise von der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse und der Masse der Bauern aber auch von der Vertretung der Interessen des Kleinbürgertums entfernt sind, das danach strebt, die sozial-ökonomischen Veränderungen zu vertiefen und eine entschlossene Politik gegenüber den Imperialisten, den Zionisten und der Reaktion zu betreiben.

Die Tatsache, daß sich die zahlreichen patriotischen und fortschrittlichen Kräfte und die große Masse, besonders die Masse der Arbeiterklasse, gegen die Verbrecher im Sudan erhebt, war nicht nur ein Ausdruck der Solidarität mit den standhaf-

ten und entschlossenen Kräften der kommunistischen Partei des Sudan und der arabischen kommunistischen Bewegung sondern auch ein Ausdruck der starken Beunruhigung der nationalen und fortschrittlichen Kräfte über die ernstesten Gefahren der antikommunistischen und antisowjetischen Strömungen für den Befreiungskampf der arabischen Völker gegen die Machenschaften der Imperialisten und Zionisten und den sozialen Fortschritt; Strömungen, die den Kampf unserer Völker von ihren treuen und standhaften Verbündeten, dem sozialistischen Lager, isolieren wollen, vor allem von der UdSSR und von der gesamten revolutionären demokratischen internationalen Befreiungsbewegung. Die nationalen und fortschrittlichen Kräfte haben bei den Machthabern im Sudan auch eine Entfernung von den nationalen Interessen festgestellt, eine Tendenz zu Kompromissen mit den Imperialisten und Konzessionen gegenüber der inneren und der arabischen Reaktion.

Die Ereignisse der vergangenen Jahre beweisen eindeutig die Richtigkeit der Folgerungen des politischen Programmes der Partei in Bezug auf den Schutz und die Entwicklung der fortschrittlichen Errungenschaften. Die Machtergreifung durch die Vertreter des Kleinbürgertums widerspricht den Interessen der nationalen arabischen Befreiungsbewegung. Es ist erforderlich, die großen Volksmassen daran zu beteiligen, die an einer sozialistischen Entwicklung der Wirtschaft und der Politik des Landes interessiert sind; sie müssen mit weitestgehenden, echten demokratischen Freiheiten ausgestattet werden. Das Programm der Partei besagt: "Wenn der Arbeiterklasse die Möglichkeit genommen wird, sich zu organisieren und politisch zu betätigen, wenn ihre Freiheiten eingeschränkt werden, wenn den Bauern das Recht der Organisation entzogen wird und die Initiativen der Massen gelähmt werden, wird das Regime von den Massen isoliert, die an seiner Entwicklung interessiert sind; dadurch werden auch die Entwicklungsmöglichkeiten gehemmt und es entsteht eine grundlegende Bedrohung der Existenz. Die Gewährleistung einer Lenkung der fortschrittlichen Regierungen zum Sozialismus geht von einer grundlegenden Realität aus: die Lenkung zum Sozialismus und sein Aufbau ist Aufgabe der Arbeiter und Bauern und anderer Werktätiger der Faust und der

Stirn, die vom wissenschaftlichen Sozialismus angeregt werden. Die Existenz eines politischen Instrumentes, das die grundsätzlichen Interessen der Arbeiter, Bauern und der werktätigen Massen zum Ausdruck bringt und diese Massen mobilisiert, ist eine Vorbedingung für den Schutz der fortschrittlichen Regierungen und für die Erfüllung der Aufgaben zur sozialen Umgestaltung und zur Beschreitung des Weges zum Sozialismus."

Die Geschichte kennt nur einen einzigen echten Sozialismus, den wissenschaftlichen Sozialismus. Der Aufbau des wissenschaftlichen Sozialismus - ganz gleich unter welchen praktischen Bedingungen - kann in Übereinstimmung mit den nationalen Gegebenheiten eines Landes nur auf der Basis der wissenschaftlichen Theorie der Arbeiterklasse, des Marxismus-Leninismus, und unter der Leitung dieser Klasse im Bündnis mit den anderen Schichten der Werktätigen und des Volkes erfolgen. Die Kommunisten sind gegen die linken Strömungen, die zum Überspringen von Etappen anregen und die Arbeiterklasse auffordern, vor dem völligen Heranreifen der objektiven und subjektiven Umstände die führende Rolle zu übernehmen; sie bekämpfen stark die Ideen, die die historische Rolle der Arbeiterklasse verleugnen und versuchen, diese ideologisch durch pragmatische Theorien und organisatorisch durch antidemokratische Organisationen zu ersetzen, die unfähig sind, die Arbeiter, Bauern und Werktätigen zur Verteidigung ihrer Errungenschaften und für den Aufbau des sozialökonomischen Systems zu mobilisieren.

Die Kommunisten geben zu, daß die verschiedenen Formen der politischen Organisation der Arbeiterklasse und die Beziehungen dieser Klasse zu den anderen sozialen Schichten in der Periode der grundlegenden sozialen Veränderungen und des Aufbaus des Sozialismus in den einzelnen Ländern aufgrund der objektiven und subjektiven Unterschiede in den Traditionen des Kampfes u.s.w. unterschiedlich sind. Dieser Unterschied der Formen ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Aufbau des Sozialismus unter allen Umständen die Existenz einer Partei erforderlich macht, die für die Erkenntnisse der Welt und der Gesellschaft den wissenschaftlichen Sozialismus zugrunde legt und deren Struktur auf

der leninistischen Grundlage basiert in Verbindung mit anderen Kräften und Organisationen, die am Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung interessiert sind.

#### Anmerkungen d. Red. :

- 1) Gemeint ist die israelische Aggression gegen die VAR, Syrien und Jordanien, von Israel als "7-Tage-Krieg" gefeiert.
- 2) Es handelt sich um den Plan, den der ehemalige US-amerikanische Außenminister Rogers 1970 zur Herstellung des Friedens im Nahen Osten vorlegte.
- 3) Im September 1970 war es zwischen der jordanischen Armee und Einheiten der palästinensischen Befreiungsorganisationen zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen gekommen.

(Quelle: Materialien der KPL)

## IRAN

PETER DIETZEL:

### ZUM BRANDT-BESUCH IN TEHERAN

"Der Iran stellt den größten geschlossenen Markt für Industriewaren in den Entwicklungsländern dar." Diese offene Einladung des iranischen Ministerpräsidenten Howaida an die imperialistischen Monopole war das Motto eines dreitägigen Besuchs von Bundeskanzler Brandt beim "König der Könige" in Teheran Anfang März. Die westdeutschen Konzerne haben die Bedeutung des Iran als Absatzmarkt, Anlagesphäre und Rohstofflieferant längst erkannt: Sie sicherten sich den größten Anteil (21,7% im Jahre 1971) an den iranischen Importen, vor Japan (13,7%) und den USA (11%). Bis zum Sept. 1970 investierten westdeutsche Unternehmen 87,2 Mio DM im Iran und stehen damit hinter den US-Konzernen auf Platz zwei in der Rangliste ausländischer In-

vestoren. Der Bedeutung des Iran als viergrößtem Erdölproduzenten (190 Mio Jato) und wichtigem Erdöllieferanten Westeuropas, der sich zudem mehr und mehr als "Schutzmacht" im arabischen Golf aufspielt (vgl. AIB 2/72), trägt ein Projekt Ministerpräsident Howeidas Rechnung, das eine westdeutsch-iranische Kooperation bei der Ausbeutung von Erdöllagerstätten "vom Bohrturm bis zur Tankstelle" vorsieht, d. h. unter Umgehung der anglo-amerikanischen Ölmonopole. Bundeskanzler Brandt ließ in Teheran verlauten, die westdeutsche Veba-Chemie-AG sei bereit, mit der National Iranian Oil Co. über konkrete Schritte zu verhandeln. Das Projekt wurde von der FAZ als ein "Lieblingsprojekt" Howeidas bezeichnet, was nicht verwunderlich ist; stand doch dieser persische Großbourgeois von 1958-64 im Dienste der National Iranian Oil Co. - zuletzt als ihr Präsident.

Wahrscheinlich dachte Brandt an die imperialistischen Aktivitäten des Siemens-Konzerns, der bereits seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Persien operiert, als er die Tradition der "mehr als ein Jahrhundert alten engen deutsch-persischen Beziehungen" beschwor und betonte, der Iran sei für Westdeutschland "ein wirtschaftlich und politisch sehr wichtiger Partner". Um die "Verstimmung" zu beseitigen, die auf den Beziehungen beider Staaten seit dem Besuch des "Schattens Gottes auf Erden" in der Bundesrepublik lastete, versprach der Bundeskanzler aufgrund massiven Drucks seitens des Schah, künftig energischer gegen persische Demokraten in der BRD vorzugehen.

Unterdessen geht der Terror der iranischen Geheimpolizei, SAVAK, und der Justizorgane gegen die demokratische Opposition im Iran weiter: allein 21 - bekanntgewordene - Hinrichtungen im Jahre 1971; die Hinrichtung von 10 jungen persischen Patrioten am 1. und 2. März dieses Jahres, kurz vor dem Besuch des Kanzlers; die Umwandlung der Urteile von zehn weiteren Angeklagten von "lebenslänglich" in Todesurteile. Während der Justizterror des Schah-Regimes weltweite Proteste der demokratischen Öffentlichkeit hervorruft, arbeitet die Bundesregierung an einer Neufassung der Ausländergesetze, um künftig noch leichter Ausländer, die sich aktiv für demokratische Rechte in ihren Heimatländern einsetzen, überwachen und ggf. abschieben zu können.

#### Adressenänderungen

bitte

r e c h t z e i t i g

bekanntgeben

## KURZ- INFORMATION

PERU: Die progressive peruanische Militärregierung unter Präsident Juan Velasco Alvarados hat die Verabschiedung eines Gesetzes über die staatliche Kontrolle der Autoindustrie des Landes angekündigt. Zu den Autofabriken gehört auch ein Montagewerk des VW-KONZERNs der BRD. (ND 13.2. 1972)

USA: Präsident Nixon hat angekündigt, daß Ländern, die US-amerikanischen Besitz ohne angemessene Entschädigung enteignen, künftig sowohl die bilaterale Hilfe als auch die amerikanische Beteiligung an multilateralen Hilfsprogrammen entzogen wird. Diese beiden Entscheidungen sind in einer politischen Erklärung enthalten, welche die künftige Politik der Vereinigten Staaten gegenüber den Entwicklungsländern, insbesondere Lateinamerika definiert. (Horizont 6/72)

USA/CHILE: Ein Bundesgericht der USA hat Anfang Februar die Guthaben der staatlichen Kupfergesellschaft Chiles bei sieben New Yorker Banken beschlagnahmt. Als Vorwand dienten völlig unbegründete Ansprüche der Braden Copper Co. auf Rückzahlung einer Anleihe aus der Zeit, in der die chilenischen Kupferminen in El Teniente noch von dem US-Konzern Kennecott Copper Corp. ausgebeutet wurden. Da Braden Copper eine Tochtergesellschaft von Kennecott ist, läuft die unverschämte Forderung des Konzerns darauf hinaus, vom chilenischen Staat die Bezahlung der Schulden zu verlangen, die ein US-Konzern bei sich selbst gemacht hat, um Riesenprofite zu sichern. Im Falle von Kennecott handelt es sich um Hunderte Millionen Mark, die vor der Verstaatlichung außer Landes gebracht worden sind. Aufgrund dieser Tatsache sieht in Chile jedermann in dem New Yorker Gerichtsbe-

schluß einen hinterhältigen Racheakt des US-Monopolkapitals, das es nicht verwinden kann, daß Chile aufgehört hat, zu seinem kolonialen Hinterhof zu gehören. Präsident Salvador Allende bezeichnete es als Akt des "Wirtschaftskrieges" der USA gegen Chile, als weiteren Versuch, die unabhängige Entwicklung des Landes zu verhindern. (ND 14.2.72)

THAILAND: Obgleich nach westlichem Sprachgebrauch die thailändische Bevölkerung "keinen Grund zur Unzufriedenheit" hat, weshalb bislang die thailändischen Befreiungskämpfer entweder als "Vietcong" oder "nordvietnamesische Soldaten" bezeichnet wurden, mußte nun die FR von "heftigen Kämpfen in Nordost-Thailand" berichten, die zwischen Regierungsstreitkräften und "regierungsfeindlichen Truppen" stattfanden. Ein Sprecher des thailändischen Oberkommandos bezeichnete die neue Offensive als den schwersten Angriff in der Trockenzeit seit zehn Jahren. Der stellvertretende Ministerpräsident des Landes, General Prapass Charusathien, rief in Bangkok das Volk zur Einheit auf, da die Lage sehr ernst sei. (FR, 8.2.72)

ZYPERN: Auf Zypern bereitet der Freund der Athener Junta und einstige Führer der Organisation Zyprischer Kämpfer (EDKA) gegen die britische Kolonialherrschaft General Grivas durch die Aufstellung illegaler bewaffneter Banden den Bürgerkrieg vor, mit dem Ziel, die legitime Regierung des Erzbischofs Makarios zu stürzen. Dabei spielt der Streit zwischen Grivas' Einsatz für die Enosis, dem völligen Anschluß der Insel an Griechenland, und der türkischen Volksgruppe heute kaum noch eine Rolle. Vielmehr haben sich die Athener Obristen, die Grivas voll unterstützen, auf der NATO-Ratstagung in Lissabon mit ihren faschistischen Kollegen aus Ankara geeinigt, unter Zurückstellung aller Sonderinteressen, Zypern zu teilen und den USA die Errichtung des gewünschten Flottenstützpunktes zu ermöglichen. Seit der Verbleib der britischen Truppen auf Malta nicht mehr gesichert ist, sucht die NATO nach einem neuen "unsinkbaren Flugzeugträger" im Mittelmeer. Die Regierung Zyperns verfolgt jedoch eine unabhängige Außenpolitik und "widersetzt sich dem Versuch, in eine neue Ordnungsstruktur einbezogen zu werden" (Rheinische Post). Sie hat vielmehr freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion

aufgenommen, wobei sie von der "Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns" (AKEL) unterstützt wird. Diese Partei, die für eine Lösung der Zypern-Frage "auf der Grundlage der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Zyperns sowie eines einheitlichen, neutralen und demokratischen Staates" eintritt, konnte bei den letzten Wahlen 40% der Stimmen gewinnen. In ultimativer Form forderte daher die griechische Junta am 11. Februar, von Erzbischof Makarios, eine "Regierung der nationalen Einheit aus allen Lagern des nationaldenkenden zypriotischen Hellenentums" zu bilden, d.h. unter Ein-schluß Grivas' und ohne die AKEL. Dabei wurde die Insel als ein "Teil der hellenischen Nation" bezeichnet. Eine weitere Forderung des Ultimatums beinhaltet die Übergabe der von der zypriotischen Regierung in der ČSSR gekauften und zur Verstärkung der Polizeieinheiten bestimmten Waffen an die Nationalgarde. Diese 10 000 Mann starke und offiziell der Regierung in Nikosia unterstellte Truppe wird jedoch von Junta-treuen griechischen Offizieren ausgebildet und befehligt und ist daher eher als griechisches Kontingent anzusehen. Die türkischen Einheiten sind 7000 Mann stark und stehen in Alarmbereitschaft. Die UN-Truppe auf Zypern besteht zur Zeit aus 3000 Soldaten.

Die Machthaber in Athen und Ankara drohen unverholen mit einer bewaffneten Intervention unter Berufung auf den längst überholten Staatsvertrag von 1959, für den Fall, daß Makarios ihren Forderungen nicht nachkommt. Den Anlaß dazu sollen offensichtlich bewaffnete Provokationen der Grivas-Terroristen liefern. (UZ v. 25.2.72; NZZ v. 18.2.72)

ND = Neues Deutschland  
FR = Frankfurter Rundschau  
NZZ = Neue Zürcher Zeitung  
UZ = Unsere Zeit

#### Werbung neuer Abonnenten

ist ein wichtiges Mittel, die Arbeit des AIB konkret zu unterstützen. Wenn Sie glauben, in Ihrem Bekanntenkreis, auf Veranstaltungen, in Seminaren etc. auf Interesse für das AIB zu stoßen, können Sie eine beliebige Anzahl von Heften anfordern und auf Kommissionsbasis verkaufen. Karten zur Bestellung von Probeexemplaren sind bei uns erhältlich.